

## **Bericht**

### **des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses**

über die Drucksache

**21/14539: Jugend im Parlament 2018  
(Unterrichtung der Präsidentin)**

Vorsitz: **Frank Schmitt**

Schriftführung: **Daniel Oetzel**

#### **I. Vorbemerkung**

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 01. November 2018 die Drs. 21/14539 auf Antrag aller Fraktionen zur weiteren Beratung federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss, Schulausschuss, Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung, Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie an den Europaausschuss überwiesen.

Der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 29. März 2019 abschließend mit dieser Drucksache. Zu dieser Sitzung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ als Auskunftspersonen gemäß § 58 Absatz 2 Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) eingeladen. Von der Gesamtheit der eingeladenen Jugendlichen erschienen 14 Personen und nahmen an der Beratung teil.

Die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse sind als Anlagen 1 bis 5 beige-fügt.

#### **II. Beratungsinhalt**

Der Vorsitzende begrüßte alle Anwesenden und dankte den Jugendlichen für ihre Teilnahme an der Sitzung des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses zur Beratung der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ (JiP). Er sprach außerdem seinen ausdrücklichen Dank gegenüber den mitberatenden Fachausschüssen für deren zügige Beratungen über die Resolution der Jugendlichen aus.

Die Jugendlichen dankten ihrerseits für die Möglichkeit, nicht nur an der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“, sondern an den mitberatenden Ausschüssen und auch an der heutigen Sitzung des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses teilnehmen zu können. Sie begrüßten den Kontakt zu den Politikerinnen und Politikern und fühlten sich und ihre erarbeiteten Resolutionen sehr ernstgenommen. Viele bezeichneten „Jugend im Parlament“ als Anregung und Sprungbrett, sich weiterhin politisch zu interessieren und möglicherweise auch zu engagieren.

Ein Jugendlicher teilte mit, er habe in seiner Schülerzeitung über die Veranstaltung berichtet und eine Ausgabe der Zeitung an die Bürgerschaft geschickt.

Der Vorsitzende bat um ein Exemplar für die Mitglieder des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses.

Außerdem fragte der Vorsitzende, ob die Jugendlichen es als gut empfunden hätten, dass bei dieser Veranstaltung erstmalig im Vorwege Ausschüsse gebildet worden seien.

Einige Jugendlichen begrüßten dieses Verfahren, da sie sich gut auf die Thematik hätten vorbereiten können. Im Stadtentwicklungsausschuss sei das Thema Verkehr sehr vorherrschend und daher wäre es durchaus gerechtfertigt gewesen, einen eigenen Verkehrsausschuss zu bilden.

Die SPD-Abgeordneten bemerkten, ihrerseits sei dieses als nicht problematisch angesehen worden.

Ein Jugendlicher gab zu bedenken, ob nicht Vorschläge für die Bildung von Ausschüssen abgegeben werden könnten, und darüber dann während der Veranstaltung abgestimmt werden könne.

Der Vorsitzende dankte für die Anregung und führte aus, dass alle Überlegungen in die Planung für die nächste Veranstaltung „Jugend im Parlament“ einfließen würden, um die Qualität dieses Projektes ständig zu verbessern.

Die Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen dankten den Jugendlichen für ihre Teilnahme und für ihre fundierte und ernsthafte Mitarbeit in den Ausschüssen.

Die SPD-Abgeordneten berichteten, sie hätten die Resolution des JiP-Europaausschusses persönlich in Brüssel an den Hamburger Abgeordneten im EU-Parlament und an den polnischen Vizepräsidenten übergeben.

Die CDU-Abgeordneten fragten, ob aufgrund von „Jugend im Parlament“ Überlegungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmer Platz gegriffen hätten, politisch aktiv zu werden.

Die Jugendlichen berichteten, einige von ihnen seien mittlerweile in Parteien eingetreten, andere seien weiterhin politisch interessiert und hätten gute Einblicke in Politik und den dazugehörigen Hintergrund mit den unterschiedlichen Meinungen erlangt. Politische Entscheidungswege seien aufgezeigt worden und hätten zum Verständnis, dass manche Entscheidungen viel Zeit beanspruchen würden, beigetragen.

Die Abgeordnete der GRÜNEN stellte folgende Fragen:

1. Hat sich das Bild von Politikerinnen und Politiker durch die Teilnahme an „Jugend im Parlament“ verändert?
2. Haben die Jugendlichen Interesse an einem regelmäßig tagenden Jugendparlament?

Außerdem regte sie an, eine größere Flexibilität für die Bildung von Ausschüssen während der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ an den Tag zu legen.

Die erste Frage wurde von den Jugendlichen nahezu durchweg positiv beantwortet.

Zum Jugendparlament vertraten sie zu einem Teil die Meinung, ein regelmäßig tagendes Jugendparlament sei sehr wünschens- und erstrebenswert; zum anderen Teil sprachen sie sich gegen eine derartige Einrichtung aus, da dieser die Legitimation fehlen würde.

Gleichzeitig wurde sich teilweise dafür ausgesprochen, dass ein Jugendparlament von denjenigen Kindern und Jugendlichen gewählt werden sollte, die aufgrund ihres Alters bisher nicht an Wahlen beteiligt seien.

Die Abgeordnete der GRÜNEN führte aus, sie habe ein Jugendparlament unter dem Gesichtspunkt der Kinder- und Jugendpartizipation angesprochen und ob es ein Interesse gebe, sich längerfristig in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Sie wollte zu diesem Zeitpunkt mit dieser Frage keine Diskussion über mögliche konzeptuelle Vorstellungen für ein Jugendparlament anstoßen.

Im Hinblick darauf sprach sich die Mehrzahl der Jugendlichen dafür aus, die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ zukünftig um einige Tage zu verlängern, um mehr Zeit für Diskussionen und politische Arbeit zu haben.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE regte an, dass der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sich in Kontakt mit den Jugendlichen gegebenenfalls in Selbstbefassung mit dem Thema Jugendparlament beschäftigen sollte. Weiterhin wies sie auf die Veranstaltung „dialogP“ hin und warb dafür, als Schülerin und Schüler daran teilzunehmen.

Außerdem bat sie die folgenden Fragen von den Jugendlichen beantwortet zu bekommen:

1. Wie ist das Interesse an „Jugend im Parlament“ im Nachhinein in den Schulen?
2. Sind die Jugendlichen an den Demonstrationen „fridays for future“ beteiligt? Wird bei der nächsten Veranstaltung „Jugend im Parlament“ ein entsprechender Ausschuss gebildet?
3. Wird in den Schulen der Digitalpakt diskutiert? Wird dabei der Schülerrat eingebunden?

Die Jugendlichen teilten mit, sie hätten mit dem „dialogP“ sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Diese reichten von positiven Erlebnissen bis zu dem Nichtkennen dieser Veranstaltung. Ihrer Meinung nach müsste dieses Projekt sehr viel stärker beworben werden. In vielen Schulen sei darüber nichts bekannt. Sie regten an, auch über Facebook, Instagram, GeoCaching und Jugendclubs entsprechende Werbung zu schalten sowie Plakate in der Stadt aufzustellen. Außerdem müssten die Schulen verstärkt aufgefordert werden, die Schülerinnen und Schüler über die Veranstaltungen, wie „Jugend im Parlament“ und „dialogP“, zu informieren.

Zu den Rückmeldungen in den Schulen im Nachgang zu „Jugend im Parlament“ berichteten die Jugendlichen, dass nur sehr wenig Interesse seitens der Lehrkräfte gezeigt worden sei. Sie wünschten sich zum Teil, eine extra Infoveranstaltung zu dieser Thematik an den Schulen.

Die CDU-Abgeordneten gaben zu bedenken, dass nach den Erfahrungen der letzten Jahre, die Teilnahme an „Jugend im Parlament“ zum Großteil per Zufall zustande gekommen sei. Daraus sollte die Konsequenz gezogen werden, mit der Behörde für Schule und Berufsbildung darüber ins Gespräch zu kommen, um die Situation zu verbessern.

Zu der Thematik „fridays for future“ gaben die Jugendlichen sehr unterschiedliche Meinungen wieder. Sie berichteten von eigener Teilnahme an den Demonstrationen, von der existenziellen Wichtigkeit dieser Angelegenheit, von der Möglichkeit für Jugendliche, aktiv Politik zu bewegen, von fehlender Toleranz für Fehlstunden, von der Wirkung von Fehlstunden, von der Gefahr des Schulschwänzen, von der Unterstützung durch Lehrkräfte zur Teilnahme, von dem Wunsch nach härterem Durchgreifen gegenüber Teilnehmenden bis zum Bußgeldverfahren und vom Vergleich mit streikenden Erwachsenen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten zu den Fehlstunden dar, das Politische liege im Protest, der während der Schulzeit stattfinden würde. Dafür gebe es unentschuldigte Fehlstunden. Wenn diese Stunden entschuldigt würden, wäre es kein wirklicher politischer Protest. Der Grund für die Fehlstunden werde immer für sich sprechen.

Die Abgeordnete der GRÜNEN schätzte es ebenfalls so ein, dass der politische Druck besonders groß sei, da die Schülerinnen und Schüler während der Demonstrationen nicht zur Schule gehen würden.

Die CDU-Abgeordneten rieten weder zur Teilnahme noch zur Nichtteilnahme an den Demonstrationen. Persönlich seien sie der Meinung, sich keinen Gefallen mit der Teilnahme zu machen, da sie den Gegnern die Möglichkeit geben würden, zu sagen, das würden die Jugendlichen nur machen, weil sie keine Lust hätten, zur Schule zu gehen. Es müsse der Gegenseite schwer gemacht werden, die eigene Position leicht zu negieren. Aus gutem Grund seien das Streikrecht und die Schulpflicht in der Verfassung verankert.

Die SPD-Abgeordneten ermunterten die Schülerinnen und Schüler, sich weiterhin politisch zu engagieren und auch an der Fridays-for-Future-Demonstration, ob während oder außerhalb der Schulzeit, teilzunehmen. Über Bußgeldverfahren sollte in diesem Zusammenhang nicht nachgedacht werden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE schloss sich der Meinungsäußerung der SPD-Abgeordneten an und sprach die Möglichkeit des außerschulischen Unterrichts an. Sie fragte, ob solche Projekte bereits an Schulen entwickelt worden seien.

Der FDP-Abgeordnete unterstützte teilweise die Äußerung der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. Ein Teil der Debatte sei eine Diskussion auf der Metaebene, in der es darum gehe, was Jugendliche unternehmen dürften, um ihren Anliegen politischen Druck zu verleihen. Es sei wichtig und entscheidend, dass jeder Teilnehmende eine begründete Haltung zu der Thematik entwickle. Gleichzeitig halte er die Auffassung der Behörde gegenüber Fehlstunden für absolut richtig. Eine demokratisch legitimierte Behörde dürfe nicht politisch werten, wofür sich einzelne Schülerinnen und Schüler während oder außerhalb der Schulzeit engagieren würden.

Der AfD-Abgeordnete sprach die vor kurzem im Hamburger Rathaus stattgefundene Feier zu „100 Jahre Demokratie“ an. Während dieser habe er sehr viele gute Gespräche mit Jugendlichen geführt und gespürt, dass sie die Fridays-for-Future-Demonstrationen zu ihrem Anliegen gemacht hätten und nicht nur eine Möglichkeit darin sehen würden, freitags die Schule zu schwänzen. Dieses habe ihn nachhaltig beeindruckt. Gleichzeitig bemerkte er, die Freitagdemonstrationen hätten jetzt ihr Ziel erreicht und die nötige Aufmerksamkeit sei gegeben.

Die Jugendlichen erwiderten mit unterschiedlichen Hinweisen, wie dem Tweet des Schulsenators, in dem er sich gegen die Fridays-for-Future-Demonstrationen gestellt und die Jugendlichen zu einem Gespräch eingeladen habe, wie der Meinung, dass nicht geschwänzt sondern gekämpft werde, wie die zusätzliche Einführung von Mondays for Future, wie den Widerspruch zwischen der Aufforderung der Lehrkräfte, sich im Unterricht zu beteiligen und für Demonstrationen Fehlstunden zu bekommen, wie der Diskussion in der Schule, Fridays for Future als außerschulisches Projekt anzusehen und wie der Meinung, dass die Opferung von Freizeit höher bewertet werde als die Opferung von Pflichtzeiten.

Außerdem führten die Jugendlichen zu der dritten Frage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE aus, der Digitalpakt sei nur in wenigen Schulen thematisiert worden. Dabei sei es aus Sicht der Jugendlichen sehr wünschenswert, wenn dazu eine entsprechende Information von der Behörde an die Schülerinnen und Schüler gegeben würde.

Der FDP-Abgeordnete bat um Auskunft von den Jugendlichen, welche Erkenntnisse ihnen zu politischen Prozessen aus der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ bekannt geworden seien.

Die Jugendlichen antworteten, sie hätten sehr viel über parlamentarische Arbeit gelernt; vor allem, dass die Prozesse und Verfahren oftmals längere Zeit beanspruchen würden als gedacht. Außerdem hätten sie erfahren, wie wichtig es sei, bei Formulierungen auf jedes Detail zu achten, um allem gerecht zu werden.

Der AfD-Abgeordnete freute sich über die vorhandenen Ressourcen und Meinungen bei den Jugendlichen zum Thema „Politik“ und sprach sich dafür aus, möglichst die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen nicht nur einmal im Jahr im Rahmen von „Jugend im Parlament“ stattfinden zu lassen.

Außerdem erkundigte er sich danach, ob die beteiligten Jugendlichen aus politisch engagierten Elternhäusern kommen würden und was aus ihrer Sicht auf keinen Fall im politischen Raum geschehen dürfe.

Die Jugendlichen teilten mit, dass sie zum größten Teil aus nicht politisch engagierten oder gar unpolitischen Elternhäusern kommen würden. Bei einigen werde im Elternhaus politisch diskutiert, aber zumeist mit sehr unterschiedlichen Ansichten.

Folgende Punkte würden die Jugendlichen in unterschiedlichen Nuancen als No-Go in der Politik ansehen:

- gewählte Partei mit mehr als 50 Prozent,
- Extremismus,
- kurzsichtige Entscheidungen,
- Demokratie einschränken oder abbauen,
- Diskriminierung,
- einerseits die Begrüßung des politischen Engagements Jugendlicher und andererseits die Verurteilung dessen,
- Ungerechtigkeit,
- Beleidigungen und ausfallend werden,
- Entscheidungen des Volkes nicht ernst nehmen sowie
- Bürgerinnen und Bürger falsch informieren und belügen.

Die Abgeordnete der GRÜNEN und die SPD-Abgeordneten gaben zu bedenken, wie es zu vermeiden sei, dass Kinder in geschlechtsspezifische Stereotypen eingeordnet würden. Dem müsse bereits im Kita-Alter begegnet werden und Erzieherinnen und Erzieher müssten dazu verstärkt entsprechende Fortbildungen erhalten.

Außerdem begrüßten die SPD-Abgeordneten die Initiativen der Jugendlichen, den sozialen Zusammenhalt von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern.

Die CDU-Abgeordneten erklärten, sie würden es als sehr gut erachten, dass die Zeitspanne zwischen der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ und der diesjährigen Beratung im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sehr viel kürzer sei als in den Jahren zuvor. Dieses solle auch für die Zukunft angestrebt werden.

Die Jugendlichen brachten zum Abschluss der Beratung nochmals ihren Dank für die Veranstaltung mit allen Ausschussberatungen zum Ausdruck und erklärten, dass sie sich und ihre Meinungen von den Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten sehr ernst genommen fühlten.

Der Vorsitzende drückte im Namen des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses ebenfalls seinen Dank und die Anerkennung an die Jugendlichen für die Beteiligung an „Jugend im Parlament 2018“ und die Offenheit und kontroversen Diskussionen bei den anschließenden Beratungen in den Ausschüssen aus. Er wies nochmals auf den „dialogP“, bei dem sich die Schulen zu selbstgewählten Themen mit allen in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen austauschen könnten, hin. Dieses sollten die Jugendlichen auch als Anregung für ihre PGW-Lehrerinnen und -Lehrer mitnehmen.

Außerdem forderte er die Jugendlichen auf, sich weiterhin in unterschiedlichen Formen (wie zum Beispiel Mitarbeit in Jugendorganisationen der Parteien, Gespräche mit Hamburger Politikerinnen und Politikern oder auch Demonstrationen) politisch weiterhin zu engagieren. Für die Zukunft wünschte er den Jugendlichen alles Gute und erklärte, er würde sich freuen, sie in der einen oder anderen Funktion in der Stadt wiederzusehen.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, von seiner Beratung der Drs. 21/14539 Kenntnis zu nehmen.*

Daniel Oetzel, Berichterstattung

# Stellungnahme

des Stadtentwicklungsausschusses

an den

**federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss**

über die Drucksache

**21/14539: Jugend im Parlament 2018  
(Unterrichtung durch die Präsidentin)**

Vorsitz: **Jörg Hamann**

Schriftführung: **Martina Koeppen**

## I. Vorbemerkung

Die Drucksache 21/14539 war am 1. November 2018 auf Antrag aller Fraktionen durch Beschluss der Bürgerschaft federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und – neben weiteren Fachausschüssen – mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen worden.

Der Stadtentwicklungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 6. November 2018 abschließend mit der Drucksache. Zu dieser Sitzung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ („Die Jugendlichen“ im nachfolgenden Text) eingeladen, die sich mit dem Thema Stadtentwicklung und Wohnen beschäftigt haben.

## II. Beratungsinhalt

Die Jugendlichen berichteten, sie hätten viele Gespräche geführt. Nicht alle führten zu Ergebnissen, dennoch hätten sie einiges erarbeitet, dass sich in ihrer Resolution wiederfinde. Die Thematik Wohnraum sei sehr komplex, sie hätten sich daher auf eine kurze und präzise Zusammenfassung der ihrer Auffassung nach wichtigen Aspekte konzentriert. Die Drittel-Mix-Politik hätten sie beispielsweise als sehr gelungen empfunden und hofften auf entsprechende Umsetzung.

Die SPD-Abgeordneten erinnerten sich an anregende Gespräche mit den Jugendlichen über die Wohnungsbaupolitik bis hin zur Verkehrspolitik. Die Jugendlichen hätten sich mit den verschiedensten Aspekten beschäftigt, von der Mietpreisbremse über Genossenschaften, WGs, Zusammenlaben von Jung und Alt und nachhaltigem Wohnungsbau.

Die CDU-Abgeordneten führten die guten Diskussionen mit den Jugendlichen an. Viele Themen seien angesprochen worden. Sie fragten zu Seite 5 der Resolution hinsichtlich der Mietpreisbremse, wie die Forderung nach dem Kompromiss mit zweiprozentiger Steigerung der heutigen Mietpreise zu verstehen sei. Die Forderung in der Resolution scheine einen besonderen, den schärfsten und aktuellsten Mietpreiseinschnitt zu meinen, nämlich gar keine Mietpreissteigerungen mehr, losgelöst von der Mietpreisbremse, die noch andere Regelungen umfasse, wie beispielsweise die

Zehnprozentgrenze bei Neuvermietung. Zum Ausgleich sehe die Resolution für den Vermieter einen Ausgleich von zwei Prozent pro Jahr vor, so hätten sie es jedenfalls verstanden.

Die Jugendlichen erklärten, sie strebten eine maximale Steigerung von zwei Prozent an. Der Einwand der Vorredner sei gerechtfertigt, wenn man die Inflationsrate mitberücksichtige.

Die CDU-Abgeordneten fügten an, es sei eine reelle politische Forderung, die nicht weit entfernt von der Bürgerschaft anzusiedeln sei. Sie werde zwar von den wenigsten Fraktionen so geteilt, aber ihrer Meinung nach gebe es immerhin eine Fraktion.

Der Abgeordnete der GRÜNEN fand die Resolution bemerkenswert. Wichtige Aspekte seien angesprochen worden. Sie wären beispielsweise froh, wenn es genügend verfügbaren Wohnraum in den Randbezirken Hamburgs gäbe. Ihrer Meinung nach seien im gesamten Stadtgebiet Engpässe im Wohnungsmarkt vorhanden, einige Stadtteile im inneren Bezirk seien wahrscheinlich besonders betroffen, aber auch in den Außenbereichen sei die Lage nicht positiv. Deswegen sei es wichtig, den ÖPNV auszubauen, um die Stadtteile besser an die Innenstadt anzubinden. Dies erhöhe die Attraktivität der äußeren Stadtteile, der Druck in den inneren Stadtteilen könne dadurch abgemildert werden. Auch das Durchmischen von Quartieren sei wichtig, um keine Monostrukturen zu bilden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE lobte die Resolution. Die wichtigen stadtentwicklungspolitischen Probleme seien umfassend berücksichtigt und geschildert worden. Froh sei sie darüber, dass sich viele Positionen ihrer eigenen Fraktion widerfänden.

Auch der FDP-Abgeordnete lobte die Arbeit der Jugendlichen. Seiner Meinung nach sei der geforderte Drittel-Mix im Wohnungsbau ebenfalls wünschenswert, in der Hoffnung, unterschiedliche soziale Gruppen zusammenzubringen. Auch das Thema Nachverdichtung sei ein wichtiger Aspekt, um mehr Wohnraum zu schaffen und um die ökologisch wertvollen Ressourcen zu schonen. Interessant sei das Ansinnen der Jugendlichen, die Stellplatzpflicht wieder einzuführen. Das Thema sei im Zusammenhang mit der Mobilität und Verkehr wichtig. Seine Fraktion vertrete die Ansicht, dass derjenige, der Wohnraum schaffe, sich auch Gedanken machen müsse, wo die Autos der Bewohnerinnen und Bewohner untergebracht werden sollten. Auf Seite 170 der Resolution sei über die Geschossigkeit geschrieben worden. Von den Jugendlichen vorgesehen seien vier bis fünf Geschosse. Er fragte, ob dies für die Jugendlichen eine wichtige und feste Größe sei. Seine Fraktion könne sich auch sechs oder sieben, punktuell eventuell auch mehr Geschosse vorstellen, je nach Möglichkeit und Umfeld.

Die Jugendlichen erläuterten zu den Geschossen, sie seien in der Gruppe uneins gewesen. Allerdings herrschte Einmütigkeit darüber, dass nach Standorten differenziert werden sollte. Manche Standorte würden sich für höhere Gebäude eignen und an manch anderen Orten sei es nicht sinnvoll. Dabei dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass genügend Freiflächen bleiben müssten, damit das Leben an diesen Standorten lebenswert bleibe. Höhere Häuser sollten nicht an Stellen gebaut werden, an denen sie nicht mit der umgebenden Bebauung harmonierten. Dadurch würden Standorte unattraktiv gemacht.

Der Abgeordnete der AfD-Fraktion dankte allen Beteiligten rund um Jugend im Parlament, es sei ein gutes Instrument, der Jugend die Politik näher zu bringen. Manche Themen seien sehr komplex, einfache Lösungen gebe es dann manchmal nicht. Dies hätten auch die Jugendlichen bei der Erarbeitung ihrer Forderungen feststellen müssen, dennoch seien gute Ergebnisse erzielt worden. Seine Fraktion unterstütze einige Forderungen der Jugendlichen, beispielsweise die Stadtrandbebauung mit guter ÖPNV-Anbindung, andere aber wiederum nicht. In Zeile 147 bis 149 der Resolution sei die Rede davon, dass eine frei werdende Wohnung mit passenden Maßen einer Genossenschaft vom freien Wohnungsmarkt zu einer öffentlich geförderter Wohnung werden könne. Der Ansatz sei, den Bestand öffentlich geförderter Wohnungen zu steigern. Diese Forderung greife aber in den genossenschaftlichen Bereich ein. Er sei ein großer Befürworter der Genossenschaften, deren System sehr reibungslos funkti-

oniere. Dies sollte so bleiben. Er fragte, was zu dieser Idee geführt habe und wie es praktisch umgesetzt werden sollte.

Die anwesenden Jugendlichen konnten den Aspekt nicht vollends aufklären. Kerngedanke sei gewesen, eine Möglichkeit zu finden, frei werdende Wohnungen öffentlich zu fördern. Genossenschaften fänden sie auch gut, sie sollten ebenfalls gefördert werden. Sie mutmaßten, vielleicht sei mit dem Passus gemeint, dass den Genossenschaften frei werdende Wohnungen angeboten werden sollten.

Die CDU-Abgeordneten fügten an, vor dem Hintergrund des Belegungsbindungskaufs sei die Forderung sinnvoll. Letztendlich bedeute dies, dass die Stadt dem jeweiligen Eigentümer eine bestimmte Summe biete, wenn dafür seine Wohnung für eine bestimmte festzulegende Zeit wie eine öffentlich geförderte Wohnung genutzt werden könne. Im kleinen Rahmen geschehe dies bereits.

Ihnen sei aufgefallen, dass Eigentumswohnungen in der Resolution nicht wirklich bedacht worden seien und fragten, ob über die Möglichkeit der Schaffung von Eigentum nicht gesprochen worden ist.

Die Jugendlichen erinnerten, ihnen ginge es in erster Linie darum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Eigentum setze eine hohe Summe Geldes voraus, daher hätten sie sich eher am Rande mit dem Thema befasst und sich auf Mietwohnungen beschränkt. Außerdem hätten sie den Eindruck gewonnen, dass derzeit kein Mangel an Eigentumswohnungen herrsche. Eigentum könne aber auch mithilfe von Genossenschaftsanteilen geschaffen werden. Letztendlich bestünde auch die Möglichkeit, die eigene genossenschaftliche Wohnung zu erwerben. Genossenschaften wollten sie daher fördern.

Die SPD-Abgeordneten bezogen sich vor dem Hintergrund der Studenten- und Ausbildungswohnheimen auf den Vorschlag der Jugendlichen, in leerstehende Wohnungen oder Gebäude Auszubildende oder Studierende unterzubringen. Ein Leerstand sei allerdings politisch nicht gewünscht, es werde vieles dafür getan, dass dieser so gering als möglich ausfalle, daher könnten Auszubildende oder Studierende dann nur sehr kurz leerstehende Wohnungen nutzen. Wissenswert sei der Hintergrund dieser Forderung der Jugendlichen.

Die Jugendlichen erklärten, Grundgedanke sei gewesen, dass leerstehender Wohnraum sinnlos sei. Da es für Studierende schwer sei, eine bezahlbare Wohnung zu finden, könne beides zusammengeführt und Leerstand verringert werden.

Der FDP-Abgeordnete gab zu bedenken, dass der Leerstand in Hamburg sehr gering sei. Zu der Frage der Eigentumswohnung sei zu sagen, dass sie zu einem vernünftigen Mix dazugehöre. Insbesondere für junge Leute sei es besonders in Zeiten günstiger Zinsen sinnvoll, früh Eigentum zu erwerben, weil noch viele Jahre für die Abzahlung vorhanden seien. Man sollte auch an die Zeit denken, in der man nicht mehr im Erwerbsleben stünde. Es sei verwunderlich, dass die Jugendlichen das anscheinend anders sähen.

Die Jugendlichen erinnerten, sie würden grundsätzlich nicht über viel Geld verfügen, weil sie sich noch in der Ausbildungszeit befänden. Viele würden sich außerdem aus Gründen der Ausbildung verschulden müssen, sei es durch Kredite oder durch BAföG.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE meinte, die Anregungen seitens des FDP-Abgeordneten seien weltfremd. Die Verpflichtung zur Offenlegung der Vormiete, Zeile 36 der Resolution, werde derzeit diskutiert und solle demnächst auf Bundesebene umgesetzt werden. Sie fragte den Senat, wie weit die Umsetzung in Hamburg sei.

Zum Drittel-Mix erklärte sie, es sei gut, dass die Jugendlichen den Drittel-Mix-Grundsatz unterstützten, aber eine echte Drittelung finde nicht statt, denn dann wären es pro Anteil 33,33 Prozent. Bisher seien es mehr Eigentumswohnungen und privatfinanzierte Wohnungen als öffentlich geförderte Wohnungen. Es sei gut, dass die Jugendlichen die Erhöhung des Anteils für öffentlich geförderte Wohnungen auf 40 Prozent forderten. Bisher sei sogar die 30 Prozent-Quote oft nicht erreicht worden. Es sollten all diejenigen erreicht werden, die einen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung hätten. Eine stadtteilbezogene Sicht sei ebenfalls begrüßenswert. Sie teilte allerdings nicht die Meinung der Jugendlichen im Bereich Verkehr. Es sei ein Wider-



spruch, den Verkehr zum einen ökologisch zu betrachten und einen Ausbau des ÖPNV und der Möglichkeiten für den Radverkehr zu fordern und dann aber einen Stellplatz pro Wohneinheit zu deklarieren. Dadurch werde es nicht weniger Verkehr geben. Der richtige Ansatz sei die Verbesserung der Verkehrsangebote, insbesondere in neuen Wohngebieten. Wenn es überhaupt Stellplätze geben solle, dann in Quartiersgaragen, die genauso weit entfernt sein sollten, wie die nächsten ÖPNV-Haltestelle.

Die Jugendlichen erinnerten sich an kontroverse Diskussionen. Es gebe unterschiedliche Meinungen zum Für und Wider eines privaten Autos in Hamburg, daher hätten sie einen Kompromiss gefunden und den Stellplatz in die Resolution aufgenommen. Zugeparkte Straßen fänden sie jedenfalls nicht zukunftstauglich und außerdem gefährlich, daher hätten sie sich für mehr Stellplätze in Zusammenhang mit den gebauten Wohnungen entschieden. Doppelt so viele Fahrradstellplätze als PKW-Stellplätze seien außerdem aus ihrer Sicht lohnenswert.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter lobten die Resolution, aus der ersichtlich sei, dass die Themen gut durchdacht worden seien. Sie freuten sich über Übereinstimmungen, unter anderem, dass Hamburg mehr bezahlbaren Wohnraum benötige. Sie erklärten, die kommende bundesgesetzliche Regelung zur Offenlegung der Vormiete werde auch für Hamburg gelten, eine gesonderte Verordnung sei nicht notwendig. Die Transparenzverpflichtung, die an die Vermieter gerichtet sei, gelte dann. Zu den Mietpreisen sei zu sagen, dass Hamburg bereits als erste große Stadt und als zweites Bundesland die Mietpreisbegrenzungsverordnung 2015 eingeführt und im Juni 2018 aufgrund eines Formfehlers erneuert habe. Bestimmte Regelungen orientierten sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete, die Frage sei, wie sie sich auf den Mietmarkt in Hamburg auswirke. Hamburg habe sich dafür entschieden, umzusetzen, was nach dem Bundesgesetz rechtlich möglich sei, aber die eigentliche Mietpreisbremse sei der Bau ausreichenden und bezahlbaren Wohnungsneubaus, mit einer Anfangsmiete im öffentlich geförderten Wohnungsneubau von derzeit 6,50 Euro. In Hamburg gebe es im Wesentlichen einen Mietermarkt. Von den 948 000 Wohnungen in der Stadt sei ein großer Teil, 133 000 Wohnungen, bei der SAGA angesiedelt und ein in etwa gleich großer Anteil bei den Baugenossenschaften. Beide würden traditionell kostengünstige Mieten anbieten, die durchschnittlich bei knapp unter 6,50 Euro lägen.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bezog sich auf den Vorschlag aus den Zeilen 41 und 42 der Resolution, die Vormiete beim Einwohnermeldeamt zu erfassen und wollte vom Senat wissen, inwieweit die Vorbereitungen zur Erfassung der Vormiete bereits gediehen seien.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verdeutlichten, um das Gesetz in Hamburg durchzusetzen, bedürfe es keiner zusätzlichen Verordnung. Ebenso wenig seien sie durch den Bund aufgefordert, Mieten zu registrieren. Es handle sich um einen zivilrechtlichen Prozess zwischen Mieter und Vermieter. Es sei zwar diskutiert worden, sei aber nicht vorgesehen.

Der Abgeordnete der GRÜNEN lobte die Aufnahme weiterer Aspekte in die Resolution, wie die Lebensqualität, Luftverschmutzung, Dach- und Fassadenbegrünung. In einer Stadt seien diese Aspekte wichtig, eine grüne Stadt biete mehr Lebensqualität. Widersprüchlich in der Resolution sei zum einen die Stützung des motorisierten Individualverkehrs mit seinen fossilen Brennstoffen, zum anderen solle der nichtmotorisierte Verkehr oder der elektrisch angetriebene Verkehr vorangetrieben werden. Die Forderung nach einem Stellplatz pro Wohnung passe nicht zu letzterem. Davon einmal abgesehen seien Stellplätze teuer, rund 20 000 Euro koste ein Tiefgaragenstellplatz. Dies verteuere den Wohnungsneubau. Ihm fehle in der Resolution Ideen, wie beispielsweise das Car-Sharing oder Car-to-go, um die Stellplatzzahl verringern zu können.

Die Jugendlichen trugen vor, sie hätten sich mit diesen Themen ebenfalls beschäftigt, allerdings seien sie darauf hingewiesen worden, dass diese Themen nicht in den Stadtentwicklungsausschuss gehörten. Die Quartiersgaragen hätten keine Mehrheit gefunden. Wenn Hamburg Fahrradhauptstadt werden wolle, müsse sich mehr bewegen. Vieles scheitere wegen äußerer Umstände, zum Beispiel wegen Platzmangel auf den Straßen. Ihre Idee sei, die Autos aus dem Straßenbild zu entfernen, damit dann

beispielsweise mehr Platz für Fahrradwege sei. Und deswegen seien Stellplätze sinnvoll, damit die Autos nicht an der Straße stehen. Vielleicht müsse man im Straßenbereich rigider vorgehen. Diese Meinung sei nicht von allen mitgetragen worden, daher habe die Idee keinen Eingang in die Resolution gefunden.

Die CDU-Abgeordneten meinten zu dem Redebeitrag des GRÜNEN-Abgeordneten, die Frage der teuren Stellplätze halte einer genaueren inhaltlichen Prüfung der Praxis nicht stand, wenn man Preis und Mietertrag gegenüberstelle. Nach 25 Jahren könne sich ein Stellplatz amortisiert haben. In den Bezirken werde immer öfter die Problematik diskutiert, wie man dem Wildparken und dadurch der Zerstörung des öffentlichen Grüns Einhalt gebieten könne. Die ersatzlose Abschaffung der Stellplatzpflicht sei nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen. Sie gingen davon aus, dass sich der Weg wieder umkehre. Zu den Quartiersgaragen sei zu bedenken, dass dazu Freiflächen vonnöten seien. Zudem würde es hohe Auflagen hinsichtlich des Lichts und des Schallschutzes geben. Viele Mieterinnen und Mieter hätten ein hohes Interesse an der individuellen Mobilität, insbesondere ältere Menschen. Ein Elektroauto beispielsweise könne dies ermöglichen. Nachweislich gebe es in Hamburg hohe KFZ-Zulassungen, die Menschen würden sich also für das Auto entscheiden. Die Politik sollte dem nachkommen. Für die Elektromobilität könnten Elektroanschlüsse an die KFZ-Stellplätze gelegt werden, allerdings würden bei nachträglichem Einbau die Kapazitäten beim parallelen Laden schnell erschöpft sein. Sie begrüßten die Forderung der Jugendlichen, die Stellplätze aus dem öffentlichen Raum in den privaten zu verlagern.

Die SPD-Abgeordneten erwiderten, eine ersatzlose Streichung der Stellplatzverordnung sei nicht vorgenommen worden. Die Evaluation des Senats habe gezeigt, dass für den Großteil der neugebauten Wohnungen Stellplätze nach dem Stellplatzschlüssel 0,6 nachgewiesen worden seien. Auch im Verkehr sei ein Mix vernünftig. Sie wollten niemanden vorschreiben, wie sie sich fortbewegen sollten, stattdessen setzten sie auf Angebote im Bereich des Fahrradverkehrs und im ÖPNV, so dass Alternativen zum Auto genutzt werden könnten.

Sie sprachen den Bereich der ökonomischen Ebene in der Resolution an, insbesondere das Wohnviertel Spanische Furt in Schnelsen. Es habe dort Nahversorgungsgeschäfte gegeben, die sich aber an dem Standort nicht hätten halten können. Nun gebe es dort ein soziales Angebot. Sie fragte, ob die Jugendlichen wüssten, ob es in dem Bereich derzeit Bedürfnisse nach Nahversorgung gebe.

Die Jugendlichen konnten die Frage nicht beantworten, weil der Initiator des Resolutionssteils nicht anwesend sei.

Der Abgeordnete der AfD-Fraktion meinte, das Thema Fassadenbegrünung sei ein Aspekt, der bisher in Hamburg noch nicht mit Leben gefüllt werde. Mehr Abstellraum für Fahrräder sei begrüßenswert, allerdings müsse man bedenken, dass heutzutage die Fahrräder teuer seien und daher gut abgeschlossen, am besten gar in abschließbaren Räumlichkeiten untergebracht werden sollten. Sie lobten ebenfalls den Ansatz, Nachverdichtung lieber durch Aufstockung als durch Versiegelung neuer Flächen zu fördern. Mehr Wohnraum sei notwendig, da sei man sich einig, allerdings, kritisierte er, höre die Planung an der Stadtgrenze auf, dies finde sich auch in der Resolution. Immerhin befänden sie sich in einer Metropolregion, die weit über die Stadtgrenzen Hamburgs reiche. Um die Flächenversiegelung in Hamburg zu verringern, müsse über die Grenze hinaus gedacht werden. Daneben sei eine gute ÖPNV-Anbindung wichtig. Zum geförderten Wohnraum sei zu sagen, dass viele neue bezahlbare Wohnungen entstünden, allerdings decke dies nicht den Bedarf, auch wenn man Jahrzehnte so weitermache. Mehrere Maßnahmen müssten erfolgen, damit mehr günstiger Wohnraum für alle bedürftigen Menschen, Schüler, Studierende Alleinerziehende, einkommensschwache Familien, Senioren et cetera, in Hamburg geschaffen werde. Eigentum statt Miete sei ein Konzept, das ebenfalls einbezogen werden sollte. Es erscheine etwas abstrus, weil Eigentum mit viel Vermögen verbunden werde. Es sei ein Denkfehler, denn derzeit werde viel Geld aufgewendet, um Bauherren zu ermöglichen, geförderten Wohnraum zu erschaffen. Das Geld könne aber unter festgeschriebenen Bedingungen auch Familien zugutekommen, denen dadurch ein Startkapital für Wohnungseigentum ermöglicht werde. In anderen Ländern sei die Eigentumsquote deutlich höher als in Deutschland, in manchen Ländern seien es bis zu 90 Prozent. Es

hätte gleich mehrere Effekte: Bezahlbarer Wohnraum wäre vorhanden und für spätere Jahre gebe es kein Problem mit der Miete für die Senioren.

Der Abgeordnete der GRÜNEN stellte seinem Vorredner der CDU-Fraktion die Lektüre der Baukostenanalyse von Herrn Walberg anheim, danach werde das Bauen durch zusätzliche Keller- und Tiefgaragenebenen wesentlich teurer.

Hinsichtlich der Nachverdichtung müssten auch kleinere Bereiche geprüft werden, beispielsweise und insbesondere die ein- oder zweigeschossigen älteren Häuser an den Magistralen. Die Gebäude seien oftmals aus der Nachkriegszeit, manch Einfamilienhaus stehe an einer Hauptverkehrsader. Hier müssten die Möglichkeiten der Nachverdichtung durch Aufstockung geprüft werden, dadurch könne auch ein Schallschutz für dahinterliegende Bebauung gewährleistet werden.

Der Abgeordnete der AfD-Fraktion fragte die Jugendlichen nach dem ihrer Meinung nach wichtigsten Aspekt, der unbedingt umgesetzt werden sollte.

Die Jugendlichen erklärten, den größten Konsens habe es für die Drittel-Mix-Regelung gegeben.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, von der Drs. 21/14539 Kenntnis zu nehmen.*

Martina Koeppen, Berichterstattung

# Stellungnahme

des Schulausschusses

an den

**federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss**

über die Drucksache

**21/14539: Jugend im Parlament 2018  
(Unterrichtung durch die Präsidentin)**

Vorsitz: **Olaf Duge**

Schrifführung: **Birgit Stöver**

## I. Vorbemerkung

Die Drucksache 21/14539 wurde auf Antrag aller Fraktionen durch Beschluss der Bürgerschaft am 1. November 2018 federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend an den Schulausschuss und an weitere Fachausschüsse überwiesen.

Der Schulausschuss befasste sich in seiner Sitzung vom 22. November 2018 abschließend mit der Drucksache.

Die Jugendlichen, die im Schulausschuss der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ mitgewirkt haben, waren als Auskunftspersonen eingeladen.

## II. Beratungsinhalt

Der Vorsitzende konstatierte eingangs, dass sich der Schulausschuss von „Jugend im Parlament 2018“ auf ein sehr wichtiges Thema, die Digitalisierung an Schulen, konzentriert habe. Ihn interessiere, wie man sich darauf verständigt habe.

Die Jugendlichen berichteten, diesbezüglich sei eine Online-Abstimmung durchgeführt worden und dieses Thema sei mit am gefragtesten gewesen und am meisten hervorgehoben worden. Daraufhin sei der Schulausschuss von „Jugend im Parlament 2018“ zusammengekommen und in Einzelgruppen habe man sich mit den Bereichen befasst, die noch nicht im Schulalltag funktionierten und entsprechende Forderungen erarbeitet. Diese seien debattiert worden und daraus resultiere die vorliegende Resolution.

Der Vorsitzende zeigte sich beeindruckt von der Tiefe, mit der sich die Jugendlichen mit dem Thema befasst hätten, und erkundigte sich nach den inhaltlichen Schwerpunkten und der Kernaussage.

Ein Jugendlicher legte dar, Themenschwerpunkt einerseits sei die Lehrerausbildung und -fortbildung, die ein essentieller Punkt in der Digitalisierung sei. Es sei nicht nur unerlässlich, dass Smartboards und digitale Endgeräte vorhanden seien, sondern auch fachkompetente Lehrkräfte, die den Umgang mit diesen beherrschten.

Ein anderer Jugendlicher ergänzte, aus seiner Sicht gebe es in der Resolution keine richtigen Schwerpunkte, da alle Themenbereiche aufeinander aufbauten. Somit dürfe man sich gar nicht auf einen Punkt fokussieren. Vielmehr müssten alle Punkte auf gleicher Ebene betrachtet werden, da das ganze Konzept nicht mehr funktioniere, wenn man einen Punkt auslasse. Alle Bereiche in der Schule seien abgedeckt und das Gleichgewicht sollte erhalten bleiben.

Die CDU-Abgeordneten äußerten, nicht nur von der Arbeit des Schulausschusses von „Jugend im Parlament 2018“, sondern von der gesamten Resolution und deren Themenvielfalt sehr beeindruckt zu sein. Das Thema Digitalisierung sei zukunftsweisend und die ausführliche Auseinandersetzung der Jugendlichen damit hervorzuheben. Sie erwähnten eine Veranstaltung im Schulkontext, wo die Digitalisierung auch mit ein Schwerpunktthema gewesen sei und in diesem Zusammenhang stelle sich auch immer die Frage, wie Schülerinnen und Schüler in den Prozess, wie Digitalisierung an Schulen gestaltet werde, einbezogen werden könnten. Sie fragten die Jugendlichen konkret, ob es ihr Wunsch sei, dabei operativ eingebunden zu werden.

Des Weiteren nahmen die CDU-Abgeordneten Bezug auf die Forderung nach einem eigenen WLAN für Schülerinnen und Schüler. Hier sei von Interesse, ob auch ein separates WLAN für die Lehrkräfte angedacht sei.

Ferner würden in der Resolution umfassende Schulbibliotheken gefordert, stellten die CDU-Abgeordneten fest und fragten nach der Begründung. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund von Interesse, dass in der Resolution darauf hingewiesen werde, dass die Nutzung von digitalen Endgeräten sogar gesundheitsfördernd sei und Haltungsschäden durch Tragen von schweren Büchern vorgebeugt werden könne.

Zudem wollten die CDU-Abgeordneten in Bezug auf die geforderte Subventionierung zusätzlicher digitaler Endgeräte wissen, welche Art der Subventionierung sich die Jugendlichen vorstellten.

Abschließend fragten die CDU-Abgeordneten, warum in der Resolution der Begriff „Medienkunde“ und nicht der Begriff „Informatik“ verwendet werde.

Die Jugendlichen erklärten, dass die Digitalisierung sämtlicher Unterrichtsmaterialien aus ihrer Sicht ein Muss sei, um Schülerinnen und Schülern zu helfen, insbesondere im Hinblick auf das Bücherschleppen. Es könne aber natürlich auch sein, dass einige nicht mit den digitalen Medien arbeiten wollten und diese sollten die Freiheit haben, weiterhin mit ihren Schulbüchern zu arbeiten. Zudem solle mit der umfassenden Schulbibliothek die Möglichkeit bestehen, auf Schulbücher zurückgreifen zu können, wenn einzelne Unterrichtsmaterialien noch nicht digitalisiert vorlägen. Ferner sei der Erhalt der Schulbibliothek notwendig, um zusätzliche Informationen beschaffen zu können.

Die Subventionierung betreffend führten die Jugendlichen aus, diese beziehe sich darauf, dass jede Schülerin und jeder Schüler entweder über ein eigenes Tablet oder einen eigenen Laptop verfügen sollte. In dem Zusammenhang sei es wichtig, sich mit den Rechnungsprüfungsverfahren zu befassen. Sie wiesen darauf hin, dass aus der Antwort der Drucksache 21/14178 der CDU-Fraktion hervorgehe, dass auf 5,4 Schülerinnen und Schüler in Hamburg ein schuleigener Computer komme, womit Hamburg über dem Bundesdurchschnitt liege. Ein Vertreter der Behörde für Schule und Berufsbildung habe ihnen von einem Projekt berichtet, wo Schülerinnen und Schüler von der 7. Klasse bis zur 10. Klasse ein eigener Laptop gestellt worden sei. Dabei sei herausgekommen, dass die Schülerinnen und Schüler mit diesen Laptops sehr verantwortungsvoll umgegangen seien. 98 Prozent der Laptops seien in einwandfreiem Zustand wieder zurückgegeben worden und konnten weiter verwendet werden. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob es nicht auch sinnvoll wäre, den Schülerinnen und Schülern diese Laptops ganz zu überlassen, anstatt sie nur zum Arbeiten zu benutzen und am Ende, da sie veraltet seien, zu entsorgen. So hätten die Schülerinnen und Schüler noch etwas davon. Ohne Frage bedeute dies eine erhebliche finanzielle Belastung, da jedes Schuljahr neue Laptops angeschafft werden müssten. Sie regten an, nicht bereits in der 5. Klasse eigene Laptops oder Tablets auszuhändigen, sondern in einer höheren Klassenstufe, beispielweise ab Klasse 7. Hierfür sei dann das Rechnungsprüfungsverfahren, um festzustellen, welche zusätzlichen Kosten ent-

stehen würden. Gleichzeitig würden mit dieser Maßnahme auch Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwächere Familien unterstützt.

Bezüglich des Begriffs „Medienkunde“ erklärten die Jugendlichen, am reinen Informatikunterricht die Problematik gesehen zu haben, dass dieser lediglich die technischen Hintergründe der im Alltag und dann entsprechend im Schulalltag verwendeten Medien vermittele. Darin sähen sie jedoch gar nicht den größten Bildungsbedarf. Nicht jede Schülerin oder jeder Schüler müsse zum Programmieren animiert werden und die verschiedenen Programmiersprachen beherrschen. Aus ihrer Sicht sei es vielmehr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler lernten, mit den zur Verfügung stehenden Medien richtig umzugehen. Dazu gehöre auch, sich in einem Schulfach „Medienkunde“ mit gesellschaftlichen Folgen – beispielsweise Cybermobbing – und andere Themen im Zusammenhang mit der Nutzung neuer Medien zu befassen.

Die FDP-Abgeordneten dankten den Jugendlichen für die Ausarbeitung der vorliegenden Resolution des Schulausschusses von „Jugend im Parlament 2018“. Fast alle Punkte hielten sie für unterstützenswert. Hervorzuheben sei der Punkt, dass man davon wegkommen müsse, dass Digitalisierung damit getan sei, irgendwelche technischen Geräte in der Schule bereitzustellen. Die Hinwendung zur Medienkunde und die Orientierung in der digitalen Welt stelle die eigentliche Herausforderung dar, vor der man stehe, und diese Aufgabe müssten die Schulen in der Zukunft noch viel mehr und viel besser bewerkstelligen können als es bisher der Fall sei.

Die FDP-Abgeordneten befürworteten die Forderung, dass in der Lehrerbildung und -fortbildung der aktive Einsatz von IT und die Vermittlung von Medienkompetenzen regelmäßig und obligatorisch geschult würden. Anlässlich der vor Kurzem beschlossenen Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Hamburg habe ihre Fraktion in diese Richtung vor einiger Zeit einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der bedauerlicherweise abgelehnt worden sei.

Des Weiteren erkundigten sich die FDP-Abgeordneten nach den Erfahrungen der Jugendlichen mit den Themen Wartung und technischer Support. Zu Recht sei darauf hingewiesen worden, dass Lehrkräfte im Einzelfall bei der Bedienung von Geräten auf die Hilfe von Schülerinnen und Schüler zurückgreifen müssten. Hier stelle sich die Frage, ob es mittelfristig oder auch kurzfristig ein realistisches Ziel sei, dass jedes einzelne Mitglied des Lehrkörpers selber dazu in der Lage sei. Vor diesem Hintergrund interessiere sie die Meinung der Jugendlichen zum technischen Support beispielsweise durch Mitglieder des Schulverwaltungspersonals, die auf Systemadministration spezialisiert seien.

Ferner bezogen sich die FDP-Abgeordneten auf die Formulierung, dass die digitalen Endgeräte grundsätzlich stark veraltet seien und auf längst überholten Betriebssystemen liefen. Diese Problematik bestehe schon seit Jahren und im Grunde müssten erst die Bundesmittel aus dem Digitalpakt kommen, um hier für die Zukunft eine Verbesserung herbeizuführen, was aus ihrer Sicht sehr bedauerlich sei. Da leider nicht immer unendlich viele Mittel zur Verfügung stünden, wollten die FDP-Abgeordneten wissen, an welcher Stelle die technische Aufrüstung aus Sicht der Jugendlichen am wichtigsten wäre.

Die Jugendlichen berichteten, am Gymnasium Hochrad in Altona sei der technische Support beispielsweise so geregelt, dass man sich mit der Nachbarschule eine IT-Fachkraft teile, die an beiden Schulen Reparaturen und Serverwartungen vornehme. Gleichwohl sprächen sie sich dafür aus, dass jede Lehrkraft dazu in der Lage sein sollte, vor Ort im Klassenraum kleine Störungen und Fehler selber zu beheben. Insbesondere im Hinblick auf ihre Forderung, dass für jede Schule ein schulinternes IServ-Intranet oder ein vergleichbares Medium errichtet werden solle, sei es wichtig, für technisch anspruchsvollere Dinge entsprechend qualifiziertes Personal an den Schulen zu haben.

Zur technischen Ausrüstung erklärten die Jugendlichen, im Schulausschuss von „Jugend im Parlament 2018“ einig darüber gewesen zu sein, digitale Endgeräte nur überall da nutzen zu wollen, wo es wirklich sinnvoll sei. Ein Beispiel sei der Biologieunterricht, um digitale Labore für das Durchführen von Versuchen einzurichten, falls Materialien fehlten, was in naturwissenschaftlichen Fächern öfter der Fall sei.

Die Einlassung der FDP-Abgeordneten betreffend, dass Mittel begrenzt zur Verfügung stünden, verwiesen die Jugendlichen auf „Bring Your Own Device“ (BYOD). Schülerinnen und Schülern, die aus finanziellem Gründen nicht über eigene digitale Endgeräte verfügten, um sie im Rahmen dieses Programms mitzubringen, sollte ein solches seitens der Schule zur Verfügung gestellt werden. Diese Anzahl von Schülerinnen und Schülern sei natürlich wesentlich geringer. Aus diesem Grunde sei BYOD sinnvoll, da so ein sehr großer Teil von Schülerinnen und Schülern ihre eigenen Geräte mit zur Schule bringen könne und diese dann auch in den Unterricht mit eingebunden werden könnten.

Darüber hinaus erkundigten sich die Jugendlichen, wie mit der Resolution im weiteren Verfahren umgegangen werde. Zudem verdeutlichten sie, dass sie die Möglichkeit, sich mit Politikern über Bildung auszutauschen, sehr positiv sähen. Diese Gelegenheit sollte es nicht nur einmal im Jahr geben.

Die SPD-Abgeordneten schlossen sich dem Dank an die Jugendlichen an und griffen den Wunsch der Jugendlichen auf, häufiger mit Politikern ins Gespräch zu kommen. Sie wiesen darauf hin, dass es auch Wahlkreisabgeordnete gebe, die jederzeit in ihren Büros ansprechbar seien.

Bezug nehmend auf BYOD äußerten die SPD-Abgeordneten, den Hinweis der Jugendlichen, dass Unterschiede in der Ausstattung mit eigenen digitalen Endgeräten ausgeglichen werden könnten, wenn sich der Staat finanziell beteilige, für wichtig zu erachten. Sie fragten, ob die Jugendlichen bereits Erfahrungen mit BYOD gemacht hätten.

Ein Jugendlicher berichtete, im PGW-Unterricht den Arbeitsauftrag erhalten zu haben, einen Link ins eigene Handy oder digitale Endgerät einzugeben und einen Onlineartikel zu lesen sowie ein kleines Video anzuschauen. Jede Schülerin und jeder Schüler habe das entsprechende digitale Endgerät schnell zur Hand gehabt und konnte so, ohne dass viele Kopien hätten gemacht werden müsse, arbeiten. Zudem habe so jeder am Ende auf seinem eigenen digitalen Endgerät Notizen machen können, um diese weiter zu bearbeiten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bewertete die Digitalisierung an Schulen als spannendes Thema. Vor dem Hintergrund, dass die Bereitstellung entsprechender Software gefordert werde, interessiere ihn, ob sich die Jugendlichen damit befasst hätten, wer letztendlich für die Lauffähigkeit des Ganzen verantwortlich sein solle. Ihm sei aus Erzählungen bekannt, dass es an jeder Schule in den USA eine für die Hardware der Schülerinnen und Schüler zuständige Person gebe, die sich beispielsweise um Inkompatibilitäten kümmere. Würden digitale Endgeräte auch privat genutzt, könne es durchaus auch zu Querwirkungen von Apps und anderen Softwarebausteinen kommen. Hier hätte die BSB einen zusätzlichen Personalbedarf, der aus seiner Sicht durchaus sinnvoll wäre.

Ferner wollte der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wissen, wie ein Zugang zum Internet außerhalb der Schule sichergestellt werden solle, um entsprechendes Arbeiten für die Schule zu ermöglichen. Es gebe in Hamburg Gebiete, deren Anbindung an das Internet nach wie vor unzulänglich sei.

Ein Jugendlicher erzählte, in Großbritannien ähnliche Erfahrungen gemacht zu haben, wo auch speziell für die Hardware gesondertes Personal an den Schulen zur Verfügung gestanden habe. Ohne Frage sei so etwas in Hamburg nicht so schnell umsetzbar, jedoch aus seiner Sicht durchaus sinnvoll. Ein weiterer Lösungsansatz wäre, einzelne Lehrkräfte entsprechend weitergehend auszubilden.

Ein anderer Jugendlicher ergänzte, fast an jeder Schule gebe es eine IT-AG. Hier könnten auch Schülerinnen und Schülern, die bereits vertiefte Fachkenntnisse hätten, eingesetzt werden, indem sie zuvor von professionellen IT-lern geschult würden und dann im Rahmen eines 450-Euro-Jobs diese AGs leiten könnten. Diese könnten dann ihr Fachwissen an nachfolgende Schülerinnen und Schüler weitergeben. Somit würde man sich die zusätzlichen Kosten für die Ausbildung der Lehrkräfte sparen und nur einmalig eine IT-Fachkraft benötigen.

Die SPD-Abgeordneten äußerten, es sei immer wieder unglaublich hilfreich, welche Fragen im Rahmen von Jugend im Parlament von den Jugendlichen aufgeworfen würden und dass dadurch deutlich gemacht werde, welche Entwicklungen sich im Schulbereich verändern könnten. Der Blick der Jugendlichen auf Schule sei natürlich ein anderer.

Zudem wiesen die SPD-Abgeordneten auf das Konzept über Medienkompetenzvermittlung an Hamburger Schulen aus dem Jahr 2013 hin und fragten die Jugendlichen, ob es in ihren Schulen Ansätze von Medienkompetenzvermittlung gegeben habe.

Ferner baten die SPD-Abgeordneten um nähere Ausführungen hinsichtlich der Einrichtung und Bereitstellung von WLAN an den Schulen.

In diesem Zusammenhang thematisierten die SPD-Abgeordneten den Digitalpakt und baten den Senat, dessen mögliche Auswirkungen auf Hamburg kurz darzulegen.

Ein Jugendlicher berichtete, sicherlich würden Smartboards benutzt und nach Power-Point-Präsentationen besprochen, wie diese hätten besser aussehen könne. Die Medienkompetenz sei jedoch während seiner gesamten Schulzeit nie direkt thematisiert worden.

Ein anderer Jugendlicher erzählte, an seiner Schule durchaus gemerkt zu haben, dass sich in dieser Hinsicht viel in den letzten Jahren verändert habe. Beispielsweise gebe es das Projekt der Medienscouts, wo Schülerinnen und Schüler der 10., 11. und 12. Klasse eine bestimmte Ausbildung erhielten, um dann vor allem in den unteren Klassenstufen Medienkompetenz zu vermitteln. Dabei gehe es beispielsweise um den vorsichtigen Umgang mit persönlichen Daten im Internet. Zudem gebe es an seiner Schule in jedem Klassenraum Smartboards, die von den Lehrkräften auch intensiv genutzt würden. Auf alles, was über das Smartboard gezeigt oder angeschrieben werde, könne später in einer Cloud von den Schülerinnen und Schülern zugegriffen werden. Dabei bestehe derzeit immer noch das Problem, dass es mehrere Zugänge zu verschiedenen Clouds gebe, weshalb in der Resolution auch ein schulinternes IServ-Intranet gefordert werde. Bezüglich der Geräteausstattung ergänzte der Jugendliche, an seiner Schule funktionierten die Geräte recht gut. Ohne Frage seien sie nicht die Leistungsstärksten, die es auf dem Markt gebe, jedoch könne man dies auch nicht an jeder Schule erwarten und es sei auch nicht vonnöten. Er unterstrich, das Betriebssystem und die Computer an sich seien absolut verwendbar.

Das WLAN betreffend führten die Jugendlichen aus, dass das WLAN auf die Unterrichtsräume bezogen sein sollte, um es für den Unterricht zu nutzen. Den Schülerinnen und Schülern sollte WLAN nicht in den Pausenzeiten zur Verfügung stehen, um sich dann die ganze Zeit mit ihren Handys zu beschäftigen. Dies wäre aus ihrer Sicht ein Fehler.

Der AfD-Abgeordnete schloss sich dem Dank an die Jugendlichen an, insbesondere für die differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema ohne plakative Forderungen, was er sehr beeindruckend finde. Viele Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, seien unterstützenswert. Er sehe auch Chancen, dass es für einige Forderungen größere Mehrheiten in der Bürgerschaft geben würde. Hervorzuheben sei der Ansatz, die Digitalisierung da einzusetzen, wo es sinnvoll sei, sowie die kritische Auseinandersetzung mit Themen wie Cybermopping und Persönlichkeitsrechten. Flankierend Bibliotheken erhalten zu wollen, weil sie genauso wichtig seien, finde seine Anerkennung.

Ergänzend wies der AfD-Abgeordnete auf die bestehenden dialogP-Veranstaltungen hin, wo Abgeordnete in Schulen gingen und ein inhaltlicher Austausch ermöglicht werde. Hierbei hätten die Schülerinnen und Schüler im Vorfeld die Möglichkeit, selber Themen für diese Gespräche festzulegen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, viele Punkte in der Resolution ebenfalls für richtig und wichtig zu erachten. Hervorzuheben sei die sehr offene und positive Einstellung der Schülerinnen und Schüler zur Digitalisierung, die von einzelnen Bildungsforschern durchaus kritisch gesehen werde. Hamburg habe im bundesweiten Vergleich die beste Digitalausstattung an Schulen. Wie bereits erwähnt, teilten sich in Hamburg 5,4 Schülerinnen und Schüler einen schuleigenen Computer, der Bundes-



durchschnitt liege bei 10:1. Hamburg sei somit doppelt so gut, jedoch sei die Zahl noch nicht ausreichend. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten zudem, dass jede Hamburger Schule über einen Breitbandanschluss verfüge und somit ein reibungsloser Zugang zum Internet gegeben sei. Dies sei ihrer Kenntnis nach in keinem anderen Bundesland der Fall. Gleichwohl müsse hinsichtlich der Digitalisierung an Schulen noch viel passieren, was eine vor Kurzem erschienene Studie der Bertelsmann Stiftung zeige, die im Großen und Ganzen abbilde, was in der vorliegenden Resolution gefordert werde. Ferner gehe aus der Studie hervor, dass mit Zusatzkosten in Höhe von 400 Euro pro Schüler und Jahr gerechnet werden müsse. Demzufolge bedeute die Umsetzung der Forderungen eine Summe von 100 Mio. Euro pro Jahr, ein enormer Betrag, der nicht mal eben so finanzierbar sei. Aus diesem Grunde hätten sie sich auf Bundesebene sehr bemüht, den Digitalpakt auf den Weg zu bringen, der nunmehr unterschriftsreif sei. Hamburg würde daraus 25 Mio. Euro pro Jahr erhalten, allerdings beschränkt auf fünf Jahre. Dabei handle es sich immerhin um ein Viertel der Summe, die theoretisch nötig wäre, um die in der Resolution aufgeführten Forderungen zu finanzieren. Ob die Mittel aus dem Digitalpakt tatsächlich zur Verfügung gestellt würden, liege überwiegend an der Frage, ob die dafür notwendige Grundgesetzänderung komme. Hier scheine die Lage festgefahren zu sein, berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, da es innerhalb zweier oppositioneller Parteien – der FDP und den GRÜNEN –, deren Zustimmung benötigt werde, keine Einigung gebe. In einzelnen Bundesländern, in denen diese beiden Parteien eine große Rolle spielten, werde die Einmischung des Bundes als zu weitgehend empfunden und eine Grundgesetzänderung könne man sich nicht vorstellen. Die Bundestagsfraktionen dieser Parteien hingegen äußerten, dass ihnen die Grundgesetzänderung nicht weit genug gehe und man aus diesem Grunde nicht zustimmen werde. Hier bedarf es dringend einer Klärung. Wichtig sei, dass es letztendlich zu einer Grundgesetzänderung komme. Hamburg freue sich über 25 Mio. Euro jährlich.

Des Weiteren zeigten sich die Senatsvertreterinnen und -vertreter erfreut darüber, dass sich die Jugendlichen dafür aussprächen, in jedem Unterrichtsfach digitale Medien zu nutzen. Dies sei auch ihr Ziel. Gerne gelesen hätten sie zudem, dass BYOD als grundsätzlich möglich gesehen werde. In Anbetracht der Zusatzkosten in Höhe von 100 Mio. pro Jahr, sei es gar nicht anders möglich, als darum zu bitten, dass die Schülerinnen und Schüler, die über eigenen digitale Endgeräte verfügten, diese entsprechend im Unterricht einsetzten. Ohne Frage müsse der Staat dafür Sorge tragen, dass Schülerinnen und Schüler ohne eigene digitale Endgeräte ein entsprechendes Angebot an den Schulen erhielten.

Ferner zu begrüßen sei die WLAN-Forderung, ergänzten die Senatsvertreterinnen und -vertreter. Wenn die Mittel aus dem Digitalpakt ab dem nächsten Jahr kommen sollten, sei vorgesehen, in jedem Klassenraum einen Access Point einzurichten, um WLAN zu ermöglichen. Dazu gehöre auch, eine entsprechende Netzwerkstruktur und Software aufzubauen, sodass jede Schülerin und jeder Schüler an jedem Ort in der Schule in ein Schulnetzwerk hineinkommen könne, um sich zu verschiedenen Fächern auszutauschen. Dies sei fest in ihrer Planung.

In Bezug auf die Entwicklung einer praktikablen Software merkten die Senatsvertreterinnen und -vertreter an, dass zahlreiche Medienanbieter diesbezüglich sehr weit zu sein scheinen, jedoch stelle sich auf Nachfrage heraus, dass es sich lediglich um Prototypen handle, die noch nicht sicher liefen oder in anderen Sprachen verfasst worden seien. Hier stehe man vor einer großen Aufgabe. Zum Digitalpakt gehöre auch, gemeinsam mit der Bundesregierung eine Offensive voranzubringen, dass die Schulbuchverlage auch entsprechende Lernsoftware entwickelten. Derzeit gebe es bei den Schulbuchverlagen ein Angebot, jedoch zum Teil sehr eingeschränkt. Manchmal seien lediglich die Schulbücher als PDF erhältlich. Hier könne wahrlich nicht von digitalem Lernen die Rede sein. Ein zweiter Schritt neben der Einrichtung von WLAN sei das schrittweise Ersetzen der Whiteboard-Konstruktionen und reparaturanfälligen Beamer durch neuere Techniken. Hinzu komme die Finanzierung von Ersatzgeräte – beispielsweise in Form von sogenannten Tabletswagen – in den Schulen, da damit gerechnet werden müsse, dass Geräte zu Hause vergessen würden.

Zu Recht sei von den Jugendlichen darauf hingewiesen worden, dass die Lehrkräfte den Umgang mit den digitalen Endgeräten beherrschen müssten, fuhren die Senats-

vertreterinnen und -vertreter fort. Hier brauche es entsprechende Fortbildungen. Dabei setzten sie auf zwei Aspekte: Zum einen auf echte Fortbildungen am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), sowie auf „learning by doing“ über praktikable, leicht verwendbare Unterrichtseinheiten mit digitalen Medien, die sie im Netz anböten und die sich jeder runterladen könne. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter konstatierten, dass damit zu rechnen sei, dass es in jedem Unterrichtsfach einzelne Schülerinnen und Schüler geben werde, die mit den digitalen Medien besser umgehen könnten als die Lehrkraft. Hier bedürfe es einer neuen Form des Miteinanders, wenn vor allem die Energie der Schülerinnen und Schüler beispielsweise dafür genutzt werde, mit dem Handy den PowerPoint-Vortrag der Lehrkraft zu manipulieren. Sie appellierten an die Jugendlichen, ihre Möglichkeiten zu nutzen, diesbezüglich auf ihre Mitschülerinnen und Mitschüler zuzugehen.

Abschließend äußerten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass einige Beiträge der Jugendlichen sehr beeindruckend gewesen seien. Aus diesem Grunde boten sie an, die Jugendlichen zu Gesprächen einzuladen, sobald sie die ersten Eckpunkte ihrer Digitalstrategie an dem Digitalpakt orientiert und fertiggestellt hätten. Möglicherweise könnten dabei einzelne Ideen der Jugendlichen aufgegriffen werden.

Die FDP-Abgeordneten entgegneten, dass die FDP-Bundestagsfraktion bereits seit dem Sommer ihre Vorschläge offengelegt habe, wie man im Bereich Digitalpakt und Grundgesetzänderung umgehen müsse. Es habe bis in den Oktober hinein gedauert, bis sich die Große Koalition intern einig gewesen sei, wie man miteinander umgehen wolle, und erst dann habe es erste Gesprächsangebote an die FDP gegeben. Vor diesem Hintergrund sei es mehr als verwunderlich, dass von der Großen Koalition eine Entscheidung innerhalb weniger Wochen eingefordert werde, um sich offensichtlich nach ihrem Wunsch über den Tisch ziehen zu lassen. Zudem gehe es hier nicht um irgendeine einfache gesetzliche Änderung, sondern um eine Grundgesetzänderung und da dürfe dann auch im Detail und auch gut verhandelt werden. Dies gebiete alleine auch der Respekt vor dem Grundgesetz. Darüber hinaus sei es in gewisser Weise absurd, dass der Senat betone, die Gelder aus dem Digitalpakt würden nur temporär auf fünf Jahre begrenzt gewährt. Der Grund, warum die FDP-Fraktion bisher auf Bundesebene zögere, die Vereinbarungen somit zu unterzeichnen, sei, dass sie dafür kämpfe, dass die Zahlung eben nicht degressiv erfolge und die Mittel verstetigt würden. Somit seien die vor Senat vorgebrachten Gründe genau die, die die FDP versuche in Berlin gegen die große Koalition durchzusetzen. Insofern sei die Einlassung des Senats weitestgehend unrichtig. Die FDP-Abgeordneten vertraten die Meinung, es wäre der Sache förderlich, wenn die Parteien und Fraktionen, die notwendig seien, um eine solche Grundgesetzänderung in Berlin zu erreichen, insgesamt verbal abrüsten würden und sich gemeinsam auf eine möglichst gute Vereinbarung im Sinne der Digitalisierung und im Sinne der Chancengerechtigkeit einigten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stimmten den FDP-Abgeordneten zu, warfen jedoch ein, dass die Grundgesetzänderung gar nicht so aufwendig sei. Derzeit stehe im Grundgesetz, dass der Bund die Möglichkeit habe, finanzschwache Kommunen zu unterstützen. Problem sei, dass Hamburg nicht unbedingt als finanzschwach bezeichnet werden könne. Aus diesem Grunde hätten sich alle Bundesländer dafür ausgesprochen, in diesem Kontext das Wort „finanzschwach“ zu streichen, dann habe man die Grundlage für den Digitalpakt. Es gehe demnach keinesfalls darum, das Grundgesetz neu zu schreiben. Sie stellten richtig, nicht die Forderung kritisiert zu haben, sondern schlicht, dass es innerhalb der genannten Parteien gegenläufige Forderungen gebe und auf beides gleichzeitig könne man sich schlecht einstellen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erinnerten daran, dass Nordrhein-Westfalen möglicherweise auch nicht zustimmen werde, weil die Forderung der FDP zu weit gehe. In Nordrhein-Westfalen sei die FDP jedoch mit in der Regierung. Ihnen sei daran gelegen, dass es innerhalb der Parteien zu einer Einigung komme, ob mehr Bundeseinfluss gewünscht sei oder weniger. Sie könnten mit allem leben, jedoch nicht damit, dass es keine Zustimmung gebe, weil beides gleichzeitig gefordert werde. Dies könne keine Koalition erfüllen.

Die CDU-Abgeordneten stellten fest, schlussendlich bleibe etwas, was im Sinne der Schülerinnen und Schüler entschieden werde, denen die Mittel zugutekämen.

Ferner griffen die CDU-Abgeordneten den Vorschlag der Jugendlichen auf, dass einzelne Schülerinnen und Schüler im Rahmen von 450-Euro-Jobs IT-AGs leiten könnten und baten den Senat diesbezüglich um Stellungnahme.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, dies sei grundsätzlich möglich. Auch in anderen Bereichen – beispielsweise bei der Schülerverwaltung, den Schulsprechern und bei der Schülerkammer – gebe es immer wieder gemeinsame Veranstaltungen im LI. Hier stellten sie mit ihren Ressourcen entsprechende Mittel bereit, um Veranstaltungen zu organisieren, bei denen sich die Schülerinnen und Schüler entsprechend weiterbilden könnten oder neue Impulse bekämen. Sie könnten sich durchaus vorstellen, entsprechende Maßnahmen auch in diese Richtung zu ergreifen. Gleichwohl baten sie um Verständnis, dass sie die weitere Digitalisierung zügig vorantreiben wollten und dafür sei die Schulung von nicht weniger als 20 000 Lehrkräften vonnöten. Um dies zu gewährleisten, würden ihre Fortbildungskapazitäten am Anfang bereits sehr stark beansprucht. Derzeit seien sie mit der Ausarbeitung befasst. Geplant sei, in einem ersten Schritt die Fachleitungen durch entsprechende Fortbildungen mit digitalen Medien so vertraut zu machen, dass sie als Multiplikatoren in ihren Schulen weiterwirken könnten. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass sich die Bundesländer zu solchen Maßnahmen verpflichteten, sei Teil des Digitalpaktes, ebenso wie die Anpassung der Bildungspläne.

Ein Jugendlicher nahm Bezug auf die Einlassung des Senats, dass die in der Resolution enthaltenen Forderungen 100 Mio. Euro im Jahr kosten würden. Er zeigte sich verwundert und auch entsetzt darüber, dass Geld vor die Interessen der Bildung und der Schülerinnen und Schüler gestellt werde. Seiner Meinung nach wäre kein Elternteil oder auch größere Teile der Gesellschaft gegen höhere Bildungsausgaben und in einer Demokratie sollte die Regierung bitte auch das umsetzen, was die Bürgerinnen und Bürger wollten. Es sei fragwürdig, wenn die Umsetzung entsprechender Maßnahmen an 100 Mio. Euro scheitern würde. In diesem Zusammenhang verwies er auf die enormen Baukosten der Elbphilharmonie und unterstrich, wenn Hamburg bereit sei, so viel Geld für ein Wahrzeichen auszugeben, dann sollten auch 100 Mio. Euro für die digitale Bildung da sein.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter entgegneten, die Stadt Hamburg gebe sich redlich Mühe, viel für die Bildung zu tun. Der Haushalt der BSB umfasse 2,2 Mrd. Euro und somit werde in jedem Jahr fast dreimal so viel Geld, wie die Elbphilharmonie gekostet habe, in die Bildung gesteckt. Darauf hinzuweisen sei, dass Hamburg im Bundesvergleich die höchste Aufwendung pro Schülerin und Schüler habe. Die Schülerjahreskosten seien in anderen Bundesländern zum Teil 30 Prozent niedriger. Sie nähmen erfreut zur Kenntnis, dass die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, noch mehr Geld für Bildung auszugeben, hoch eingeschätzt werde. Dabei sei zu beachten, dass sie nur das Geld ausgeben könnten, was sie auch einnahmen. Insofern müssten sie an anderer Stelle kürzen oder die Steuereinnahmen Hamburgs um 100 Mio. Euro erhöhen und das bedeute, dass jede Bürgerin und jeder Bürger eine deutliche Mehrbelastung tragen müsse. Sie konstatierten, dass die Stadt vor Kurzem die Müllgebühren habe anheben wollen, was zu einem großen Aufruhr in der Stadt geführt habe und letztendlich nicht zur Umsetzung gekommen sei. Dabei sei es um 27 Mio. Euro gegangen. Die Bürgerinnen und Bürger seien sicherlich dafür, die digitale Bildung voranzubringen, wenn dafür jedoch von der Stadt das Vierfache der angesprochenen Müllgebühren eingefordert werde, sei vermutlich davon auszugehen, dass die Bereitschaft nicht da sein werde.

Der Jugendliche erklärte, im Haushalt fänden sich sicherlich genügend Bereiche, wo Geld eingespart werden könnte, um es für die digitale Bildung auszugeben.

Der Vorsitzende konstatierte, das Thema Haushalt habe noch eine andere Dimension. Ohne Frage spiele es eine wichtige Rolle, jedoch dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass auch andere wichtige Aufgaben zu erfüllen seien, wozu auch die Verpflichtung bestehe.

Er bemerkte, dass sicherlich einige Punkte der Resolution innerhalb der Fraktionen bewegt würden. Es habe auch schon einen Antrag einer Fraktion gegeben, der sich auf „Jugend im Parlament 2018“ bezogen habe. Darüber werde weiter diskutiert werden und das Thema Digitalisierung befinde sich ohne Frage erst am Anfang. Seiner

Meinung nach seien die Impulse von den Jugendlichen aus der Schulpraxis wichtig und die wolle man gerne aufnehmen, was auch vonseiten des Senats deutlich gemacht worden sei. Der Vorsitzende verwies in dem Zusammenhang auf die Einladung des Senators an die Jugendlichen.

Auf die Nachfrage der Jugendlichen zum weiteren Verfahren erläuterte der Vorsitzende, dass die vorliegende Resolution kein Antrag sei. Sie sei als Bekundung zu sehen, die in die öffentliche Diskussion sowie in die Diskussion innerhalb der Fraktionen hinführe. Den Fraktionen stehe es offen, Punkte aufzugreifen und weiter zu bewegen.

Die Jugendlichen dankten dem Senat für die Einladung zum Gespräch, die sicherlich von allen Mitgliedern des Schulausschusses von „Jugend im Parlament 2018“ sehr gerne angenommen werde. Ferner zeigten sie sich erfreut über das Lob für die geleistete Arbeit.

Die FDP-Abgeordneten wiesen auf die abschließende Beratung der Resolution im federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss hin, zu der nochmals alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament 2018“ eingeladen würden. In den vergangenen Jahren seien dieser Einladung leider nicht sehr viele Jugendliche nachgekommen. Sie würden sich über eine verstärkte Teilnahme in diesem Jahr freuen.

Abschließend hielt der Vorsitzende fest, dass die Angebote an die Jugendlichen groß seien. Es gebe auch öffentliche Veranstaltungen, die die Schulthematik sowie viele andere Themen aufgriffen. Er dankte den Jugendlichen nochmals für ihr Kommen und hob deren Engagement hervor, an dem deutlich werde, dass sich junge Menschen für politische Fragen in vielen Bereichen interessierten.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Schulausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, von der Drs. 21/14539 Kenntnis zu nehmen.*

Birgit Stöver, Berichterstattung

# Stellungnahme

**des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung**

an den

**federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss**

über die Drucksache

**21/14539: Jugend im Parlament 2018  
(Unterrichtung durch die Präsidentin)**

Vorsitz: **Daniel Oetzel**

Schriftführung: **Annkathrin Kammeyer (i.V.)**

## **I. Vorbemerkung**

Die Drucksache 21/14539 war am 1. November 2018 auf Antrag aller Fraktionen durch Beschluss der Bürgerschaft federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und – neben weiteren Fachausschüssen – mitberatend an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung befasste sich in seiner Sitzung am 17. Januar 2019 abschließend mit der Drucksache. Zu dieser Sitzung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ („Die Jugendlichen“ im nachfolgenden Text) eingeladen, die sich mit dem Thema „Sexismus in den Medien und in der Politik“ beschäftigt haben.

## **II. Beratungsinhalt**

Die Jugendlichen berichteten, sie hätten „Jugend im Parlament 2018“ als sehr lehrreiche und interessante Zeit empfunden. Der Kern ihrer Resolution zum Thema Sexismus sei, an der Bildung anzusetzen. Sie seien überzeugt, Sexismus werde hauptsächlich anerzogen. Deshalb solle in der Schule gegengesteuert werden. Außerdem könnten über die Kinder wiederum die Eltern für die Thematik sensibilisiert werden. Im Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung hätten sie sich engagiert, weil Sexismus ein Zukunftsthema mit viel Verbesserungspotential sei. Auch persönliche Erfahrungen mit Sexismus hätten dazu bewogen. Die Zusammenarbeit im Ausschuss beschrieben sie als zielstrebig.

Die SPD-Abgeordneten bedankten sich für die Ausführungen und ermunterten die Jugendlichen, politisch aktiv zu bleiben. Sie erinnerten sich an ihren eigenen Werdegang und versicherten, auch für die Politikerinnen und Politiker sei „Jugend im Parlament“ eine spannende Erfahrung. Weiter begrüßten sie, dass Gleichstellung und Sexismus als Schwerpunkte gewählt worden seien, da hier ebenfalls eine hohe Relevanz und viel Verbesserungspotential gesehen würden. Sie führten den „Aktionsplan des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ und das Schulaufklärungsprojekt „Soorum“ als Beispiele für Maßnahmen von politischer Seite an. Ihnen als Regierungsfraktion seien solche Initiativen ungemein wichtig. Ferner stimmten die SPD-Abgeordneten zu, dass, wie in der Reso-

lution gefordert werde, das Thema Sexismus eine große Rolle bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften spielen sollte. Dennoch müsse auch ein wenig Kritik geübt werden. Im Eingangssatz der Resolution heiße es, im Text gelte die männliche Form stellvertretend für alle drei Geschlechter. Statt auf diese Weise zu verfahren, solle einer gendersensiblen Sprache der Vorzug gegeben werde. Sie baten die Jugendlichen sodann, ihre Erfahrungen mit Sexismus im Schulalltag zu schildern.

Die Jugendlichen begründeten zunächst die Wahl der männlichen Form mit Zeitnot. Viele Personen hätten am Text mitgewirkt, aber unterschiedliche Sprachregelungen verwandt. So sei entschieden worden, den Text zu vereinheitlichen und den zitierten Satz voranzustellen. Außerdem habe im Ausschuss Einigkeit bestanden, dass in Sachen Sexismus weniger von Belang sei, welche Form genannt werde, als vielmehr, wofür die Form stehe. Gleichwohl schein ihnen der Einwand nach der intensiveren Befassung mit Sexismus durchaus berechtigt. Obwohl zuweilen noch Unsicherheit bestehe, wie die passenden Formulierungen, vor allem für das diverse Geschlecht, lauten müssten. Zu den persönlichen Erfahrungen führten die Jugendlichen an, dass zum Beispiel Feminismus in der Schule ein eher unliebsames Thema sei. Diskussionen dazu würden schnell beendet. Angesichts des engen Lehrplans sei das mitunter sogar verständlich. Zudem erinnerten sie sich, mit Stereotypisierungen und diffamierenden Äußerungen, zu denen sich sowohl Lehrkräfte als auch Mitschülerinnen und Mitschüler hinreißen ließen, und schlichten Wissenslücken konfrontiert gewesen zu sein. Daneben hätten auch Tageszeitungen, in denen von solchen Vorfällen berichtet worden sei, zu ihrer Politisierung beigetragen.

Die CDU-Abgeordneten bedankten sich ebenfalls für das Engagement der Jugendlichen. Sie erkundigten sich nach dem Prozess der Themenfindung und Anregungen für den Hochschulbereich, welcher als Wissenschaft bekanntlich Teil des Ausschussnamens sei.

Die Jugendlichen erläuterten, vor der eigentlichen Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ habe es im Internet die Möglichkeit gegeben, aus vielen Themenvorschlägen zu wählen. Die so ermittelten beliebtesten Themen, darunter „Sexismus in Medien und Politik“, seien dann den entsprechenden Ausschüssen zugeordnet worden. In ihrem Ausschuss hätten sie daraufhin Komitees gebildet und allerlei zugehörige Problematiken wie die Gender Pay Gap oder Gender Roles diskutiert und sich letztlich auf den Bildungsaspekt festgelegt. Sexismus und Wissenschaft lägen ihrer Auffassung nach eher weit auseinander, genauer – der Bereich Wissenschaft lasse sich für sie noch schwer fassen. Allerdings, argumentierten die Jugendlichen, baue ihre Resolution darauf auf, dass im Kindergarten und in der Grundschule mit Sexismus-Prävention begonnen werde. Deshalb seien junge Erwachsene dahingehend dann bereits ausreichend geschult. Gleichwohl könnten an den Hochschulen etwa Workshops angeboten werden. Die Jugendlichen bemängelten in diesem Kontext, sie seien meist zufällig, zum Beispiel durch achtlos auf dem Boden verstreute Werbepostkarten, auf „Jugend im Parlament“ gestoßen und sprachen sich für eine bessere Vernetzung mit ähnlich gelagerten Projekten wie der Jugendakademie aus.

Der Abgeordnete der GRÜNEN wandte ein, Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Sexismus ließen sich sehr wohl finden. Es sei nur an die weiblichen Beschäftigten von Hochschulen gedacht. In der Tat komme es aber auch beim Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung der Bürgerschaft insofern zu einer Trennung, als innerhalb der vertretenen Fraktionen überwiegend wiederum je verschiedene Personen für Gleichstellung oder Wissenschaft zuständig seien. Im Anschluss lobte er die Jugendlichen für ihre Themenwahl. Sexismus sei erstens ein Querschnittsthema und schränke zweitens die Lebensqualität sehr vieler Menschen ein. Positiv falle zudem auf, wie detailliert sich die Jugendlichen mit Konzepten des Feminismus beschäftigt hätten. Besonders freue ihn jedoch, männliche und weibliche Jugendliche gleichermaßen in der Sitzung vertreten zu sehen. Insgesamt unterstütze er sämtliche Grundaussagen der Resolution und könne sich gut vorstellen, dass das für die AfD im Hause nicht gelte. Der Abgeordnete der GRÜNEN verwies überdies auf ein weiteres Schulaufklärungsprojekt, „Youthwork“, das bei der Aids-Hilfe angesiedelt sei. Er wollte abschließend wissen, wo im schulischen Leben geschlechtergetrennter Unterricht sinnvoll sein könnte und welche Streitpunkte es dazu eventuell im Ausschuss gegeben habe. Des

Weiteren interessierte ihn, ob über den Zusammenhang zwischen Sexismus und Transphobie oder Homophobie diskutiert worden sei.

Die Jugendlichen betonten, sie hätten die Frage geschlechtergetrennten Unterrichts ausführlich besprochen. Die Mehrheit sei gegen eine Trennung gewesen. Einige hätten sich aber auch dafür ausgesprochen, solange sich erkennen ließe, dass bestimmte Tätigkeiten aufgrund biologischer Faktoren nicht oder schlechter möglich seien. Als Beispiel habe diese Gruppe den Sportunterricht genannt und herausgestellt, es gehe weniger darum, den Unterricht separat abzuhalten, als vielmehr darum, auf Unterschiede einzugehen. Das geschehe etwa schon mittels geschlechterspezifischer Benotungstabellen, die allerdings einer Berücksichtigung der individuellen Leistungsentwicklung ermangelten. Auch geschlechtergetrennter Sexualkundeunterricht sei im Ausschuss erörtert worden. Wichtig erschien den Jugendlichen dabei, dass den Schülerinnen und Schülern zumindest die Möglichkeit eingeräumt werde, nach einer Trennung zu fragen. Als sinnvoll sei überdies die Methode empfunden worden, zunächst getrennt Fragekarten an das je andere Geschlecht zu verfassen und dann miteinander ins Gespräch zu kommen. Gerade bei grundlegenden Themen wie Verhütung oder Geschlechtskrankheiten solle jedoch ein gemeinsamer Unterricht stattfinden. Nicht zuletzt ließe sich so sicherstellen, dass die Geschlechter gleichermaßen gut aufgeklärt würden. Die Jugendlichen sahen außerdem einen starken Zusammenhang zwischen Sexismus und Transphobie oder Homophobie. Sie meinten, es liege die gleiche Denkart, die der Intoleranz, zugrunde. Der Ausschuss habe sich zwar nicht vordringlich mit diesen Aspekten befasst, unterstütze aber, wie im Resolutionsteil zu Kindergarten und Grundschule deutlich werde, unter anderem das Auslegen von Publikationen, in denen gleichgeschlechtliche Elternpaare vorkommen. Die Jugendlichen erzählten überdies, sie hätten in ihrer WhatsApp-Gruppe durchaus die Reaktionen der AfD auf ihre Resolution besprochen und seien ziemlich froh, deren Vertreterinnen und Vertreter heute nicht im Ausschuss anzutreffen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bedankte sich bei den Jugendlichen. Bereits die Gespräche im Rahmen von „Jugend im Parlament 2018“ seien sehr interessant gewesen und hätten von einer intensiven Beschäftigung mit den Themen gezeugt. Für die Resolution möchte er ein großes Kompliment aussprechen. Sie sei zugleich weitgreifend und lasse an Tiefe nichts vermissen. Die Fraktion DIE LINKE betrachte „Jugend im Parlament“ als etwas Wichtiges und Gutes. Das gründe vor allem in den wiederholten Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, viel gelernt zu haben. Er verwies darauf, dass seine Fraktion Anträge zur Überwindung von Sexismus in der Werbung gestellt habe und sich queeren Themen widme. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wollte an die bisherige Diskussion anknüpfend sodann wissen, ob und welche Überlegungen die Jugendlichen zur Umsetzung der Trennung des Sportunterrichts bezüglich Trans- oder Inter-Menschen angestellt hätten. Weiter fragte er, ob sich ebenso Gedanken über andere Fächer und generell über eine eher dynamische Handhabung der Problematik gemacht worden seien. Hierzu flocht er ein, dass in den 70er Jahren die Frauenbewegung geschützte Räume propagiert habe, in denen Frauen zunächst bestimmte Themen unter sich behandelten, bevor es zum gemeinsamen Gespräch mit Männern komme. Das Pendant dazu seien sogenannte Männergruppen gewesen. Zuletzt unterstrich der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, die Fokussierung auf Bildung hinsichtlich Sexismus zu begrüßen. Oft sei es aber so, wandte er ein, dass Sexismus und Transphobie oder Homophobie von älteren Menschen ausgehe. Deshalb sei für ihn relevant, ob reflektiert worden sei, wie sich auch diese in Sachen Sexismus sensibilisieren ließen.

Die Jugendlichen schilderten daraufhin persönliche Erfahrungen zum Umgang mit transsexuellen Menschen in der Schule. Sie plädierten dafür, transsexuelle Menschen, wenn nötig in Absprache mit ihren Eltern, je selbst entscheiden zu lassen, wie hinsichtlich Räumen und Ähnlichem mit ihnen verfahren werden solle. Ferner spreche nichts gegen den zuvor beschriebenen Ansatz, sich zunächst untereinander in kleineren Gruppen auszutauschen. Schade sei nur die dem vorausgehende Annahme, es könne sich zum Beispiel aus Scham nicht offen gegenüber dem anderen Geschlecht geäußert werden. Die Jugendlichen glaubten ebenfalls, bei Menschen höheren Alters oder anderer Ethnie verstärkt auf Sexismus, Trans- oder Homophobie zu treffen. Sie wüssten selbst, wie schwer sich Personen, die mit solchen Einstellungen aufgewach-

sen seien, vom Gegenteil überzeugen ließen. Vorstellbar seien zu diesem Zweck in Bezug auf die Älteren etwa Maßnahmen wie Infotage oder Informationen über Zeitung, Radio und Werbeplakate.

Der FDP-Abgeordnete bekundete, er halte die Resolution für sehr progressiv. Ihn interessiere jedoch, inwiefern es im Ausschuss und im Gesamtplenum der Jugendlichen kritische Positionen dazu gegeben habe. Zudem fragte er nach einer eventuellen abschließenden Diskussionsposition zum Aspekt, was Werbung dürfe, und nach guten Wegen, Schülerinnen und Schüler auf „Jugend im Parlament“ aufmerksam zu machen. Zudem könne er insofern die Angst, Themen vor AfD-Abgeordneten zu besprechen, nehmen, als der Umstand, die AfD-Fraktion gegen sich zu haben, in der Regel darauf hindeute, richtig zu liegen.

Die Jugendlichen berichteten, Sexismus sei das Thema gewesen, bei dem im Plenum wirklich Uneinigkeit geherrscht habe. Sie sprachen von vielen Rückfragen und Änderungen. Im Ausschuss seien indes höchstens Details strittig gewesen. Den Punkt, was Werbung dürfe, hätten die Jugendlichen nicht weiter verfolgt. Generell sei unter ihnen die Meinung verbreitet gewesen, jedes Unternehmen sollte die Freiheit besitzen, sein Produkt auf die Art zu bewerben, wie es möchte. Gleichwohl gebe es natürlich Grenzen wie im Falle von Verfassungswidrigkeit. Letztlich könnten die Konsumenten selbst entscheiden, ob sie ein Produkt kauften. Die Jugendlichen regten überdies an, „Jugend im Parlament“ verstärkt über Mund-zu-Mund-Propaganda zu bewerben. Gern erhielten sie gezielter Informationen über die Schule und Lehrkräfte. Auch über Social-Media-Kanäle ließe sich die Veranstaltung noch besser bewerben. Fast jede Schule in Hamburg habe inzwischen eine Instagram-Seite. Darüber und über Rundmails via IServ ließe sich einiges erreichen. Ebenso seien Plakate im Stadtraum denkbar.

Der Abgeordnete der GRÜNEN hob die Motivation, in den Ausschuss zu gehen, weil ein kontroverses Thema erwartet worden sei, als sehr positiv hervor. Es sei wichtig, Themen auszusprechen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter würdigten das Engagement der Jugendlichen und die vielen Anregungen der Resolution. Gleichberechtigung, Sexismus und sexualisierte Gewalt seien Themen, die auch im Hamburgischen Schulgesetz an vorderster Stelle genannt würden, wenn es darum gehe, den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ernst zu nehmen. Die Präambel des Schulgesetzes nenne so auch unter Paragraph 2 die Gleichberechtigung der Geschlechter als zentrales Thema für Unterricht und Bildung. Zum Hinweis der Jugendlichen, Lehrkräfte würden spannende Diskussionen mit dem Verweis auf den Lehrplan und mangelnde Zeit abbrechen, wandten die Senatsvertreterinnen und -vertreter ein, dass insbesondere kontroverse Diskussionen zum Lernerfolg beitragen würden und deshalb möglichst nicht zu unterbinden seien. Die Lehrpläne in Hamburg seien davon abgesehen so gestaltet, dass 25 Prozent des Unterrichts den Lehrkräften zur freien Verfügung stehe, da der Stoff und die zu unterrichtenden Kompetenzen in dreiviertel der Unterrichtsstunden bereits vermittelt werden könnten. Den Lehrerinnen und Lehrern verbleibe somit ein großer Gestaltungsspielraum. Bei 32 Wochenstunden blieben praktisch acht Wochenstunden für Unvorhergesehenes und Spontanes. Sie ermutigten die Jugendlichen, sich weiterhin dafür einzusetzen, spannende Diskussionen fortzuführen und den Dialog mit ihren Lehrkräften zu suchen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten weiter, sich auch umfassend mit der Frage zu beschäftigen, ob das Schulwesen selbst die Gleichberechtigung der Geschlechter fördere. Hier seien durchaus Zweifel angebracht, da Jungen in der Schule durchschnittlich deutlich schlechter abschneiden würden als Mädchen. Jungen hätten durchweg schlechtere Zensuren, würden die Schulen mit den eher schwächeren Leistungen besuchen; dreiviertel aller Schüler an Sonderschulen seien männlich. Mit den unabhängigen Lernstandsuntersuchungen (KERMIT) könne überprüft werden, ob die von den Lehrerinnen und Lehrern vergebenen Zensuren ungefähr deckungsgleich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen seien. Der Verdacht, dass Lehrerinnen und Lehrer aufgrund des Habitus von Schülern, jenen bessere Zensuren geben würden, die aus einem bildungsnahen Haushalt kämen, habe sich dabei nicht bestätigt. Lehrerinnen und Lehrer seien in dieser Hinsicht sehr fair. Auch der Verdacht, Lehrerinnen und Lehrer würden Schülerinnen und Schülern bessere Noten geben, die einen



weniger klar erkennbaren Migrationshintergrund hätten, sei ebenfalls nicht bestätigt worden. Die kulturelle Unterschiedlichkeit fließe nicht in die Zensur ein. Das Merkmal des Geschlechts fließe allerdings deutlich ein. Auch wenn Mädchen und Jungen bei der Lernstandsuntersuchung dieselbe Punktzahl erzielen würden, sei die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die Mädchen im Zeugnis bessere Zensuren hätten. Hier müsse über Lösungsansätze nachgedacht werden. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten, Rollenbilder sollten des Weiteren kritisch im Unterricht thematisiert werden. Dabei bestehe nicht nur der Bedarf, Rollenbilder von Lehrkräften aufzubrechen. Diese stießen auch selbst oftmals auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, dass Schülerinnen und Schüler eingefahrene und häufig konservative Rollenbilder vertreten würden. Aus der Debatte griffen die Senatsvertreterinnen und -vertreter anschließend die geschlechtsspezifischen Leistungstabellen für den Sportunterricht auf. Die Leistungen nach Geschlecht zu unterscheiden, sei ab einem gewissen Alter und damit eingehender körperlicher Konstitution sinnvoll. Dabei müsse jedoch auch beachtet werden, dass in Schulklassen unterschiedliche Jahrgänge zusammengefasst seien und die Leistung hiernach ebenfalls unterschiedlich bewertet werden müsse.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter lobten die Jugendlichen für die Befassung mit dem schwierigen Themenkomplex des Sexismus, mit welchem sich Hamburg behördenübergreifend beschäftige. Neben dem Aktionsplan gebe es die Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes, worin auch mit dem Handlungsfeld Schule konkrete Maßnahmen aufgelegt worden seien. Daneben wiesen sie auf zwei Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Menschenrechtsbildung und zur Chancengerechtigkeit und geschlechtersensiblen Bildung und Erziehung hin. Erstere erteile Lehrkräften den Auftrag, bei Diskriminierung aktiv einzugreifen. Diese Handlungsoption sei auch für Hamburger Schulen sehr wichtig. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, in Hamburg sei durch die Ganztagschule nicht nur der Unterricht von diesen Maßgaben betroffen, sondern das gesamte Schulleben. Im Hamburgischen Schulgesetz sei im Bildungs- und Erziehungsauftrag festgelegt, dass ein diskriminierungsfreies Leben für die Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule gewährleistet werden solle. Um dies zu bewerkstelligen, gebe es an jeder Schule ein Regelsystem, das idealerweise von den an der Schule arbeitenden Menschen, mit den Eltern und den Schülerinnen und Schülern gemeinsam entwickelt worden sei. Darin müssten konkrete Handlungsleitlinien festgelegt sein, wie mit diskriminierendem Verhalten sowohl innerhalb der Schülerschaft als auch von und gegenüber den Lehrkräften umgegangen werde. Bedeutend seien dafür auch die Schüler/innenvertretung, die Verbindungslehrerinnen und -lehrer sowie der schulische Beratungsdienst, die Problemlagen gegenüber der Schulleitung ansprechen könnten. Für Fälle, in denen sich Eltern oder Schülerinnen und Schüler nicht trauen würden, diese innerhalb der Schule anzusprechen, habe man in Hamburg zudem die übergeordnete Antidiskriminierungsberatung „amira“.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führen fort, eine weitere Handlungsebene sei der Unterricht. Ziel sei es zunächst, die Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst dazu zu befähigen, wertschätzend in ihrer Pädagogik mit den Schülerinnen und Schülern umgehen. Außerdem solle das Thema auch direkt als Unterrichtsinhalt aufgegriffen werden. Hierzu berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht“ die Landeszentrale für politische Bildung unterstützendes Material entwickelt habe, welches auch im Unterricht eingesetzt worden sei. Auf die Forderung der Jugendlichen bezogen, die Eltern miteinzubeziehen, wiesen sie auf Aktivitäten in Hamburger Kindertagesstätten hin. Auch in der Grundschule würden die Lehrerinnen und Lehrer dafür sensibilisiert, nicht mit Geschlechterstereotypen zu arbeiten. So seien beispielsweise auch in Zusammenarbeit mit Sportvereinen Programme aufgelegt worden, um Mädchen für den Fußball zu begeistern.

Zum Thema Kooperationspartner hoben die Senatsvertreterinnen und -vertreter die Zusammenarbeit mit dem Verein Pinkstinks hervor, der sich intensiv mit Gender-Marketing und geschlechtsbezogenen Produkten beschäftige. Darüber hinaus biete Pinkstinks das Theaterstück „Fred und sein rosarotes Pony“ für Grundschulklassen an. In der Sexualerziehung werde den Grundschulkolleginnen und -kollegen darüber hinaus ein Materialkoffer zur Verfügung gestellt, durch welchen sie methodisch deutlich mehr gestärkt würden als bisher. Zweimal im Jahr finde darüber hinaus eine Fort-

bildung für Sachunterrichtslehrerinnen und -lehrer statt, die intensiv über Materialien und Methoden der Sexualerziehung berate. Eine dauerhafte Geschlechtertrennung in der Sexualerziehung lehnten die Senatsvertreterinnen und -vertreter ab, da es auch um Kommunikation in der sexuellen Bildung gehe. Geschlechtergetrennte Formate seien der Verständigung daher eher abträglich. Einzelne geschlechtergetrennte Unterrichtseinheiten seien für die Vertiefung je nach Lerngruppe sinnvoll, methodisch müsse hinterher das Wissen allerdings wieder zusammengeführt und über den Umgang mit transgeschlechtlichen Schülerinnen und Schülern bei getrennten Gruppen nachgedacht werden. Zum Thema Transgeschlechtlichkeit seien im Aktionsplan ebenfalls Maßnahmen enthalten. Beratungseinrichtungen der Behörden würden sich außerdem neben Selbsthilfegruppen am Runden Tisch „Transgender Norddeutschland“ beteiligen. Festzustellen sei, dass transgeschlechtliche Schülerinnen und Schüler sukzessive sichtbar würden. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, im Landesinstitut würden durchschnittlich drei bis vier Beratungen pro Woche für schulische Fachkräfte durchgeführt werden, worin es um eine gute Begleitung von transgeschlechtlichen Schülerinnen und Schülern gehe. In Hamburg gebe es in diesem Bereich zudem ein gutes Unterstützungsnetzwerk. Am Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) sei das Interdisziplinäre Transgender Versorgungszentrum Hamburg angesiedelt, am Magnus-Hirschfeld-Centrum gebe es eine von der Stadt Hamburg finanzierte Trans-Beratung und Selbsthilfegruppen. Schulen, die transgeschlechtliche Schülerinnen und Schüler begleiten, würden sich zudem zunehmend auch für andere Schulen als Experten zur Verfügung stellen. Abschließend wiesen die Senatsvertreterinnen und -vertreter darauf hin, dass langjährige Projekte wie der bundesweite Girls' and Boys' Day im Rahmen der Lebensplanung und der Berufsorientierung derzeit aktualisiert und die Anschlussfähigkeit zu Unterrichtsformaten stärker dargestellt werden sollten. Weiterhin hoben sie das Projekt comMIT!ment hervor, worin Jugendliche als Multiplikatoren ausgebildet würden. Sie lobten die Jugendlichen, dass diese alle Lebens- und Bildungsphasen in ihre Betrachtung miteinbezogen hätten. Es sei entscheidend, zu untersuchen, wann Rollenprägungen stattfinden würden; wann sexuelle Entwicklung einsetze und welche Personen eine Rolle für die Prägung spielen würden.

Eine Jugendliche stellte klar, die Diskussionen seien in ihrem Unterricht nicht mit dem Hinweis auf den Lehrplan unterbunden worden, sondern aufgrund der nicht vorhandenen Motivation der Lehrkraft, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Der kritische Blick auf Rollenbilder werde grundsätzlich aber bereits von vielen Lehrerinnen und Lehrern gelehrt. Bezüglich der Sport-Leistungs-Tabelle merkte sie an, dass diese nicht nur nach Geschlechtern sondern auch nach Jahrgängen differenziere. Schließlich betonte sie, die Resolution sei kein Angriff auf bestehende Strukturen und Angebote gewesen. Den Jugendlichen sei durchaus bewusst, dass an Hamburger Schulen relativ viele Möglichkeiten bestünden, die an anderen Orten nicht gewährleistet seien. Diese positive Entwicklung hätten sie mit ihrer Resolution unterstützen wollen.

Zur unterschiedlichen Benotung von Schülerinnen und Schülern und der oftmals als geschlechtsspezifisch dargestellten guten oder schlechten Handschrift unterstrich eine Jugendliche, Schüler mit schlechter Handschrift sollten frühzeitig Förderung erfahren, anstatt sie als Jungen mit „natürlich“ schlechter Handschrift abzuschreiben. Sie bedankte sich für das positive Feedback, hakte aber nach, weshalb die von „Jugend im Parlament“ vorgeschlagene verpflichtende Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer in der Debatte nicht aufgegriffen worden sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, in Hamburg gebe es die Verpflichtung für jede Lehrkraft 30 Fortbildungsstunden im Jahr zu absolvieren. Diese seien aber nicht thematisch normiert. Die Lehrkraft entscheide gemeinsam mit der Schulleitung, was für die Schule als auch für sie selbst angemessen sei. Neben zahlreichen weiteren Themen gebe es auch Fortbildungen zur Geschlechtergerechtigkeit und zu Sexismus, sie seien allerdings nicht als Lerninhalte vorgeschrieben. Diese Praxis habe sich bewährt, da die Schulen ihre individuellen Anforderungen viel besser bewerten könnten als die Schulbehörde. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter kündigten allerdings an, zu prüfen, ob zu diesem Themenbereich einzelne Vorgaben gemacht werden könnten, um das Thema stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

**III. Ausschussempfehlung**

*Der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, von der Drs. 21/14539 Kenntnis zu nehmen.*

Annkathrin Kammeyer (i.V.), Berichterstattung

# Stellungnahme

des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

an den

federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

über die Drucksache

**21/14539: Jugend im Parlament 2018  
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Cansu Özdemir**

Schriftführung: **Ksenija Bekeris**

## I. Vorbemerkung

Die Bürgerschaft hatte in ihrer Sitzung am 1. November 2018 die Drucksache 21/14539 auf Antrag aller Fraktionen zur weiteren Beratung federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie an weitere Fachausschüsse überwiesen. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration befasste sich in seiner Sitzung am 19. Februar 2019 mit der Drucksache und hörte hierzu Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament 2018“ (im nachfolgenden Text „Jugendliche“ genannt) an.

## II. Beratungsinhalt

Die Vorsitzende gab den Jugendlichen die Gelegenheit sich vorzustellen und ihre Resolution darzustellen, die dem Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration mit der Drucksache vorliege.

Die Jugendlichen fassten die Resolution zusammen und betonten ihre Forderungen. Vorab sei ihnen wichtig, unter gelungener Integration verstünden sie die chancengerechte und eigenständige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben seitens der Menschen mit Migrationshintergrund. Die selbstverständlichen Grundvoraussetzungen seien:

- die Kenntnisse der deutschen Sprache der Migranten,
- eine Beschäftigung in Form von Arbeit, Ausbildung, Schule, Kindergarten,
- ein gesicherter Wohnsitz,
- das gesicherte Wohnrecht und
- die Annahme der deutschen Werte durch die Migranten.

Im ersten Forderungsbereich gebe es interkulturelle Berührungspunkte. Die Jugendlichen forderten zum einen die Fortbildung für Lehrkräfte im Bereich Mediation aber auch die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Plakaten, Social Media oder Fernsehen, um den Bürgern oder auch den Migranten, das Gefühl zu geben, an

dem Thema werde weiter gearbeitet. Ein weiterer Punkt sei die finanzielle Unterstützung von internationalen Flüchtlingscafés. Darüber fördere der Staat ein Kulturfestival mit dem Schwerpunkt auf Integration. Es sei ein Festival, bei dem Migranten und Deutsche in Kontakt kämen und die Kultur in Form von Poetry Slams, Gesangseinlagen oder sonstigen Veranstaltungen mischten.

Die Jugendlichen sprachen sich für Anträge in vereinfachtem Deutsch aus, um sie nachvollziehbar zu machen für Migranten, die neu in Deutschland seien und die deutsche Sprache erst neu erlernten. Sie regten an, beispielsweise für Sportplätze als öffentliche Räumlichkeiten für kulturellen Austausch Geld zur Verfügung zu stellen. Als weitere Forderungen nannten sie:

- Einwohnermeldewesen mit Strafregister zur anonymen Bewerbung und Wohnungssuche,
- Seminare für Schule und Kindergarten, damit Vorurteile abgebaut werden,
- Anerkannte Umschulungen von ausländischen Qualifikationen,
- Verpflichtende Deutschkurse für Migranten,
- Gesellschaftliche Aufklärung über Werte, Normen und Gesetze.

Die SPD-Abgeordneten betonten, die Resolution sei viel länger als beim letzten Mal. Sie zeigten sich beeindruckt von der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ und dankten den Jugendlichen im Namen der SPD-Fraktion. Viele der von den Jugendlichen vorgebrachten Forderungen seien bereits in der Umsetzung und von der SPD-Fraktion mitgedacht. Sie fragten, ob es eine Erkenntnis bei den Jugendlichen gegeben habe, die zu einem politischen Engagement führe, weil der bemerkte Rechtsruck starke Demokratinnen und Demokraten, egal welcher Fraktion, erfordere.

Die Jugendlichen unterstrichen, sie hätten erfahren, wie komplex politische Abläufe seien und wie viel dahinter stecke und fügten hinzu, es sei wichtig, was die politische Arbeit bewirken könne. Sie zeigten sich überrascht, dass sie die Abgeordneten so sympathisch fanden und sie ihnen wie „normale“ Menschen erschienen, die versuchten, ein besseres Zusammenleben in der Stadt zu erreichen.

Die CDU-Abgeordneten lobten, die Jugendlichen hätten die Komplexität gut erfasst. Mit vielen Forderungen der Jugendlichen habe sich der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration bereits befasst, beispielsweise mit dem Thema Flüchtlinge und Integration. Sie wollten wissen, ob die Jugendlichen Kontakte mit den geflüchteten Schülern aus den Internationalen Vorbereitungsklassen hätten und ob diese persönlichen Erfahrungen in die Resolution eingeflossen seien.

Das Zweite sei, dass die Jugendlichen das Thema Öffentlichkeitsarbeit mit den Themen Social Media und Integrationsprojekte angesprochen hätten. Diese Idee teile die CDU-Fraktion, die seit längerer Zeit eine Plattform gefordert habe, die jetzt auch online sei und „Open Hamburg“ heiße. Als Fraktion würden sie gerne die Idee der Jugendlichen verwirklichen, das Ferienprogramm gemeinsam mit den Flüchtlingskindern und den Hamburger Kindern durchzuführen.

Die Jugendlichen betonten, der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration der Veranstaltung Jugend im Parlament 2018 bestand überwiegend aus Menschen mit Migrationshintergrund. Weil die Schülerinnen und Schüler aus den IVK-Klassen geschlossen blieben, sei es wichtig, Kurse aus dem Wahl-Pflicht-Bereich „Kunst“ und „Sport“ so früh wie möglich für den Kontakt mit deutschen Schülerinnen und Schülern zu nutzen.

Die Jugendlichen forderten, beim „Hamburger Ferienprogramm“, auch für die IVK-Klassen, falls diese es benötigten, finanzielle Förderung bereitzustellen, sodass sie genauso an dem Ferienprogramm teilnehmen könnten wie es andere Schülerinnen und Schüler auch könnten. Wichtig sei ihnen, dass diejenigen, die diese Ferienprogramme leiteten, eine Ausbildung dazu machten, denn bei einer falschen Ausbildung gehe die Integration nach hinten los und schaffe eher Vorurteile als ein Miteinander.

Auf Nachfrage der CDU-Abgeordneten nach der Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Flüchtlingsprojekte regten die Jugendlichen an, Straßenfeste zu veranstalten, bei

denen verschiedene Kulturen aufeinandertreffen könnten. Man könne sich besser kennenlernen und Sportvereine durch solche Social Media bekannter machen. Generell würden durch Social Media bekannt gemachte Programme mehr Menschen erreichen, denn ein Plakat auf der Straße.

Die Abgeordneten der GRÜNEN dankten ebenfalls den Jugendlichen. Sie freuten sich über die konkreten Fragen der Jugendlichen und wollten wissen, ob sich das Bild von Politikern in den Köpfen der Jugendlichen in dieser einen Woche etwas geändert habe und man sagen könne, dass politische Veränderungen Zeit und auch Kraft brauchten. Sie betonten, dass etwa 80 Prozent der angesprochenen Maßnahmen im „Hamburger Integrationskonzept“ in der Umsetzung seien.

Sie gaben an, man müsse als Politiker im praktischen Leben Wege finden, in denen die Maßnahmen in der Praxis umsetzungsfähig seien. Wichtig sei, wie Integration gelinge und in welchem Zusammenhang die aktuelle negative Debatte die Integration von neu zugewanderten Menschen, aber auch derjenigen, die bereits seit dreißig, vierzig Jahren hier lebten, beeinflussten und fragten, ob Begegnungspunkte diesen Diskurs vermeiden könnten. Sie baten die Jugendlichen um eine Einschätzung.

Die Jugendlichen unterstrichen, dass ein großer Punkt die Aufklärung mit Wissen, Zahlen und Daten sei, um Vorurteile im Bekanntenkreis zu vermeiden und mehr Transparenz zu schaffen.

Die fraktionslose Abgeordnete Nebahat Güçlü lobte die differenzierten Diskussionen der Jugendlichen und die Impulse an den Ausschuss. Viele der Forderungen befänden sich durch das Integrationskonzept und andere Maßnahmen in Hamburg bereits in der Umsetzung. Sie griff die Ausführungen der Jugendlichen auf, wonach es viel ehrenamtliches Engagement im Flüchtlingsbereich gebe, aber schwer zu überblicken sei, wo man sich einbringen könne. Ihrer Wahrnehmung nach gebe es hier viel Koordination in Hamburg, weshalb sie um Erläuterung bat, an welcher Stelle diese Probleme bestünden. Mit der Formulierung, „Ein weiterer Kernpunkt der Integration ist die Anpassung an und die Akzeptanz der deutschen Werte und Normen“ (Seite 21) tat sich die fraktionslose Abgeordnete schwer. Es sei sehr drastisch den Begriff „Anpassung“ im Kontext von Integration zu verwenden, die auch von den Jugendlichen als Begegnung und wechselseitiger Austausch definiert worden. Sie erkundigte sich, welche Werte die Jugendlichen darunter verstehen würden. Die von den Jugendlichen geforderten Strafen gegen Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten (Seite 26) erweckten des Weiteren den Eindruck, alle Migrantinnen und Migranten würden Leistungen beziehen und suggerierten, nur Menschen mit Migrationsgeschichte oder Fluchthintergrund würden gegen das Grundgesetz verstoßen. Dabei werde vergessen, dass viele Migrantinnen und Migranten bereits eingebürgerte deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger seien und sich auch Deutsche gegen das Grundgesetz richten könnten, die ihrerseits nicht von der Abschiebung bedroht seien.

Die Jugendlichen verwiesen auf ihre weiteren Vorschläge, wonach Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten bei Verstößen neben der Leistungskürzung auch ein „Gespräch mit der Betreuerin oder dem Betreuer beziehungsweise der zuständigen Mitarbeiterin oder Mitarbeiter in der Behörde“ zu führen hätten. Dies sei auch eine Möglichkeit für Personen, die keine Leistungen beziehen würden. Straftaten von eingebürgerten Personen und Deutschen sollten nach geltendem Recht geahndet werden. Zur Frage nach der Anpassung an Normen und Werte antworteten die Jugendlichen, den Migrantinnen und Migranten müssten diese Werte zunächst klargemacht werden, wenn sie aus einem Heimatland mit anderer Kultur kommen würden. Beispielhaft nannten sie den demokratischen Staat und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Bezüglich der Situation von Ehrenamtlichen schilderten sie aus persönlicher Sicht, für Leiter von Sportgruppen sei es sehr schwierig, wenn in ihrer Gruppe Kinder mit Integrationsbedarf oder Sprachbarrieren trainieren würden. Als Ehrenamtlicher werde man mit dieser Situation oft alleine gelassen. Des Weiteren sei es kompliziert, sich über die Möglichkeiten zu informieren, an welchen Stellen man sich als Schülerin oder Schüler unter 18 engagieren könne.

Die fraktionslose Abgeordnete hinterfragte, ob es nach der Meinung der Jugendlichen somit sinnvoll sei, für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte Sondergesetze zu schaffen. Auch heute gelte für sie dasselbe Gesetz wie für Deutsche, das

heißt Straftaten würden entsprechend bestraft werden. Auch gab sie zu bedenken, dass die Wortwahl der Jugendlichen bereits Bilder entstehen lasse. Integration – in der es darum gehe, dass sich Menschen vorurteilsfrei und auf Augenhöhe begegnen würden – heiße nicht, dass die eine Seite bestimme, wie die andere zu sein habe und nach dessen Befolgung sie Akzeptanz ernte. Dieser Eindruck sei jedoch durch die Jugendlichen entstanden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE teilte die Ansicht der fraktionslosen Abgeordneten. Viele Forderungen der Jugendlichen – wie die Begegnungen in den Stadtteilen, den Kindergärten, den Schulen – würden sich bereits in der Umsetzung befinden. Bezogen auf Sondergesetze für Migrantinnen und Migranten wollte sie wissen, wer wonach definiere, ob jemand Migrant oder Migrantin sei und welche Rolle dafür die deutsche Staatsangehörigkeit spiele. Anschließend unterstrich sie, die Zuweisung eines Betreuers oder einer Betreuerin als Bewertung des Staates zu empfinden, dass sie aufgrund ihres Migrationshintergrundes für unmündig gehalten werde, ohne Betreuung nicht in der Lage sei in der Gesellschaft Fuß zu fassen und sich an das Grundgesetz zu halten. Bezüglich der Forderung nach der Einhaltung von Werten und Normen erinnerte sie an den Diskurs, worin kritisch hinterfragt worden sei, ob überhaupt gemeinsame Werte bestehen würden. Ein friedliches und tolerantes Zusammenleben sei auf Grundlage des Grundgesetzes durchaus möglich, auch wenn unterschiedliche Werte vertreten würden. Sie unterstützte diesen Gedanken, dass jede und jeder seine und ihre Werte anders definiere. Wenn Sanktionen bei Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten, die die Verfassung nicht anerkennen würden, greifen sollten, stelle sich die Frage, wie mit Deutschen ohne Migrationshintergrund umgegangen werde, die ein Problem mit dem Grundgesetz hätten. Zuletzt lobte sie die Jugendlichen für ihre Beteiligung an Jugend im Parlament und die detaillierten Vorschläge.

Die Jugendlichen räumten ein, nicht bedacht zu haben, wie sich volljährige Migrantinnen und Migranten dabei fühlen würden, wenn ihnen ein Betreuer aufgezwängt werde. Ihnen sei das Modell aus der Schule bekannt, worin Schülerinnen und Schülern der Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) Mediatorinnen und Mediatoren zur Seite gestellt bekämen, die sie in der deutschen Sprache aber auch außerhalb der Schule unterstützen würden. Für Erwachsene biete sich dennoch ein Betreuersystem an, um beispielsweise Hilfestellungen bei Anträgen oder Ähnlichem zu leisten. Dieses solle jedoch freiwillig beansprucht werden können. Sie berichteten, der Fokus auf Werte und Normen sei in Folge des Gesprächs mit den Abgeordneten der FDP-Fraktion in die Resolution aufgenommen worden. Eine Präzisierung, was unter diesen Begriffen verstanden werde, sei noch nicht erfolgt. Migrantinnen und Migranten seien im Verständnis der Jugendlichen, Menschen die nicht in Deutschland aufgewachsen seien und somit nur Migrantinnen und Migranten erster Generation. In der Betrachtung der eigenen Resolution beanstandeten die Jugendlichen, keine Finanzierungsvorschläge zu ihren Ideen und Forderungen entwickelt zu haben.

Der AfD-Abgeordnete zeigte sich begeistert von der Resolution, äußerte aber ebenfalls Bedenken bezüglich der Betreuung von Migrantinnen und Migranten. Er bekundete sein Interesse, was die Politik nach Meinung der Jugendlichen tun könne, um eine bessere Außenwahrnehmung zu entfalten. Den Vorschlag der Jugendlichen, Arbeits- und Wohnungssuchenden eine Nummer zu geben, um die Chancengleichheit nicht aufgrund eines ausländisch klingenden Namens zu gefährden, hielt er für schwierig. Er fragte, ob sich die Jugendlichen auch einen, orientiert am amerikanischen Vorbild, anonymisierten Lebenslauf vorstellen könnten. Zur Forderung nach Abschiebungen von Migrantinnen und Migranten bei mehrfachem Verstoß gegen die Werte unserer Gesellschaft, wies der AfD-Abgeordnete darauf hin, dass für diesen Fall ein umfassender Katalog erstellt werden müsse, der Straftaten und Haltungen entsprechend gewichte.

Die Jugendlichen antworteten, bei Straftaten müsse stets der Einzelfall betrachtet werden. Ein Punktesystem wonach jede Straftat klassifiziert werde, sei nicht praktikabel. Zur zweiten Frage erklärten sie, Studien hätten gezeigt, dass selbst der Name bei Bewerbungsverfahren ausreiche, um aus einem Verfahren ausgeschlossen zu werden. Eine Nummer sei komplett neutral und daher zu bevorzugen. Anregungen zur Attraktivitätssteigerung von Politikerinnen und Politikern vermochten sie in der Kürze der Zeit nicht zu nennen.

Die SPD-Abgeordneten würdigten die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit dem Thema Integration. Diese hätten intensiv darüber nachgedacht, wie sich die Integration strukturell in Bezug auf die Stichworte Sprache, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Wohnung verändern müsste, sodass diese letztlich besser gelingen könnte. Weiter hätten sie sich mit Werten und Normen bezüglich einer kulturellen Integration beschäftigt. Über die Schlussfolgerungen der Jugendlichen sei im Einzelnen zu diskutieren.

Zuerst gingen sie auf die Forderung der Jugendlichen ein, Migrantinnen und Migranten in besonderen Fällen eine Betreuung zukommen zu lassen. Sie stellten klar, dass minderjährigen Jugendlichen nach hiesigen gesetzlichen Regelungen so genannte Vormünder zugewiesen würden, die sich um die Belange der Minderjährigen kümmern und diese unterstützen. Eine Übertragung dieser familienrechtlich notwendigen Maßnahmen auf die Integration von Migrantinnen und Migranten sollte ihrer Ansicht nach nicht erfolgen, da an dieser Stelle eine deutliche Unterscheidung vorgenommen werden müsste. Eine Betreuung von Migrantinnen und Migranten im Sinne einer begleitenden Patenschaft könne allerdings ein guter Weg sei. Es gebe bereits einige Aktivitäten in der Stadt, die solche Begleitungen anböten und realisierten.

Sie sprachen außerdem an, dass in der Resolution von deutschen Normen und Werten die Rede sei, wobei offen bliebe, wie die Jugendlichen diese definierten. Sie plädierten dafür, besser von universellen Normen und Werten zu sprechen, die auch im Grundgesetz verankert seien.

Weiter hätten die Jugendlichen ausgeführt, dass im Bildungsbereich Barrieren zwischen geflüchteten und einheimischen Kindern und Jugendlichen existierten, die es gelte abzubauen. Sie fragten, was genau die Jugendlichen in der Schule beobachtet hätten und welche Vorschläge sie zum Abbau dieser machen würden.

Die Jugendlichen stellten klar, dass sie mit deutschen Werten eigentlich universelle Werte meinten, die in ganz Deutschland anerkannt seien, wie beispielsweise das Verbot einen anderen Menschen zu töten oder auch die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Auch hinsichtlich einer Betreuung von erwachsenen Migrantinnen und Migranten hätten sie wohl eine irreführende Wortwahl getroffen. Sie hätten damit zum Ausdruck bringen wollen, dass es für die Menschen hilfreich sein könnte, einen Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin an ihrer Seite zu haben, der oder die ihnen bei verschiedenen Fragestellungen – auch in persönlicher Hinsicht – beratend unterstützen könne.

Grundsätzlich wünschten sie sich mehr Transparenz und Informationen in der Gesellschaft und im Besonderen in den Schulen. Sie forderten sowohl die Ursachen der Fluchtbewegungen als auch den Ablauf der Asylverfahren sowie die Möglichkeiten der Integration in die entsprechenden Unterrichtsfächer einfließen zu lassen.

Weiter seien gerade an den Schulen mehr Kontakte und Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gruppe der Schülerinnen und Schüler erstrebenswert. Als positives Beispiel berichteten sie über ein Kunstprojekt, an dem sie zusammen mit der IVK teilgenommen hätten. Dieses habe sowohl das gegenseitige Kennenlernen gefördert als auch zum Abbau von Sprachbarrieren beigetragen.

Besonders gut an der Resolution, so die SPD-Abgeordneten, habe ihnen der von den Jugendlichen herausgearbeitete Aspekt gefallen, dass gelungene Integration mehr als Sprach- und Integrationskurse ausmache, eher in der Begegnung und der Kommunikation entstehe und bisweilen auch sehr anstrengend sein könne. Dabei werde auch deutlich, dass staatliches Handeln hier an seine Grenzen stoße, da dieses zwar Strukturen vorgeben, aber Begegnung nicht verordnen könne. Es handele sich um ein lernendes System, das stets der Anregungen durch die Beteiligten bedürfe und somit Evaluation und der Verbesserung unterworfen sein müsse. In Hamburg sei dazu das Forum Flüchtlingshilfe gegründet worden, bei dem staatliche und ehrenamtlich organisierte Stellen regelmäßig zusammenkämen, um sich genau darüber auszutauschen.

Die Jugendlichen hätte zudem festgestellt, dass es im Verlauf von Integration weitere Diskriminierungsprobleme gebe, wie zum Beispiel auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt. Auch sie hegten Sympathien dafür, anonymisierte Verfahren in diesen



Bereichen auszuprobieren und mögliche Effekte zu beobachten; das vorgeschlagene Nummernsystem lehnten sie allerdings ab.

Im Rahmen eines ernst zu nehmenden Austausches wollten die SPD-Abgeordneten den Jugendlichen allerdings auch sagen, dass diese ihrer Ansicht nach an zwei Stellen über das Ziel hinausgeschossen seien.

So könne es nicht im Sinne einer anzustrebenden gelungenen Resozialisierung sein, wenn Vermietern oder Arbeitgebern die Möglichkeit eröffnet würde, Informationen über ein möglicherweise vorhandenes Straftatenregister der Menschen, die auf der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung seien, zu bekommen.

Weiter führten sie aus, dass nach dem geltenden Aufenthaltsgesetz bereits eine Verknüpfung zwischen einer strafrechtlichen Verurteilung und einer ausländerrechtlichen Sanktion in der Folge bestehe. Dabei werde aber – und dies sei aus ihrer Sicht ein äußerst wichtiges Merkmal, dass die Jugendlichen außer Acht gelassen hätten – das Ausweisungs- gegen das Bleibeinteresse des jeweiligen Einzelfalls abgewogen. So würde beispielsweise jemand, der wegen eines Ladendiebstahls verurteilt worden sei und hier ein deutsches Kind habe, nicht abgeschoben werden, da dies unverhältnismäßig sei.

Die CDU-Abgeordneten dankten den Jugendlichen für ihre Resolution und ihre Ausführungen im Ausschuss. Sie interessierte auch im Hinblick auf die anstehenden Bezirks- und Europawahlen, ob die Teilnahme an der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ ihr Interesse an politischen Inhalten verstärkt und gegebenenfalls die Diskussionen im Freundeskreis oder in der Familie beeinflusst habe.

Die Jugendlichen berichteten, dass in ihren Familien stets über politische Themen diskutiert werde und eine gewisse Prägung dort stattfinde, aber eine Einflussnahme seitens der Eltern auf die künftige Wahlentscheidung aber nicht geschehe. Insgesamt hätten sie sich bereits vor ihrer Teilnahme bei „Jugend im Parlament“ für Politik interessiert. In der Schule und im Freundeskreis würden sie grundsätzlich für die Ausübung des Wahlrechts, das sie als ein großes Privileg erachteten, und konkret für die Teilnahme an der anstehenden Wahl werben.

Die SPD-Abgeordneten bemerkten, dass die einige Nachnamen der Jugendlichen auf einen Migrationshintergrund schließen ließen. Sie fragten daher, ob sich in den letzten Jahren für sie persönlich, beispielsweise hinsichtlich ihres Selbstbildes und auch der Reaktion der Mitmenschen, etwas – im positiven oder gegebenenfalls auch in einem negativen Sinne – verändert habe.

Es komme immer auf die Menschen an, antworteten die Jugendlichen, und die Reaktionen seien auch sehr unterschiedlich. Es gebe weiterhin Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten oder auch Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischen Wurzeln, die mithilfe weiterer Aufklärung abgebaut werden müssten. Insgesamt empfänden sie aber die Mitmenschen als aufgeschlossener und neugieriger gegenüber Menschen mit einer offensichtlich anderen Herkunft.

Die SPD-Abgeordneten kamen noch einmal auf Aussagen der Jugendlichen zu einem möglichen freiwilligen Engagements zurück, die sie sehr verwundert hätten, da sie der Meinung seien, dass eine Vielzahl von Möglichkeiten existierten, sich ehrenamtlich zu engagieren, die auch im Internet zu finden seien. Sie erkundigten sich, ob die Jugendlichen beispielsweise zum Aktivoli Netzwerk, zur Freiwilligenakademie oder zu einer anderen Freiwilligenagentur Kontakt aufgenommen hätten.

Die Jugendlichen führten aus, einige der genannten Stellen zu kennen, allerdings nicht mit diesen in Kontakt getreten zu sein. Ein direkter Versuch, in einer Flüchtlingsunterkunft ehrenamtlich in der Kinderbetreuung tätig zu werden, sei abgelehnt worden, da die Bewerberin mit damals vierzehn Jahren als zu jung für ein Ehrenamt angesehen worden sei.

Die Jugendlichen sprachen ihrerseits an, dass die Abgeordneten in der Diskussion erwähnt hätten, dass einige ihrer Forderungen bereits umgesetzt seien und sie baten um einige konkrete Beispiele.

Die SPD-Abgeordneten benannten in Bezug auf ehrenamtliches Engagement über das Forum Flüchtlingshilfe hinaus die Patenschaftsmodelle, die mithilfe des Integrationsfonds finanziert würden, für die sich auch die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft stark gemacht hätten. Darüber hinaus ermögliche dieser die Finanzierung verschiedener weiterer Integrationsprojekte. Vielfach gehe es um den Abbau struktureller Diskriminierung sowie der Vermittlung Werte und Normen als Bestandteil der Integrationskurse.

Im Bereich der betrieblichen Ausbildung sei die sogenannte 3 Plus 2-Regelung entwickelt worden, um sowohl den jungen Menschen als auch den Ausbildungsbetrieben die Garantie zu geben, dass für Zeit der dreijährigen Ausbildung plus zwei Jahre Berufstätigkeit ein gesichertes Aufenthaltsrecht bestehe.

Das Ausländerrecht betreffend hätten außerdem auf Bundesebene in vielerlei Hinsicht Verbesserungen erreicht werden können, auf der bezirklichen Ebene fänden zudem in sozialräumlichen Bezügen – direkt in den Stadtteilen – zahlreiche Aktivitäten zum Thema Integration statt.

Die Jugendlichen zeigten sich abschließend von ihrer Teilnahme bei „Jugend im Parlament“ begeistert. Sie seien regelrecht traurig, dass es jetzt zu Ende sei und erkundigten sich, wie sie in dieser Richtung weitermachen könnten. Sie dankten den Abgeordneten für ihre Bereitschaft, sich mit ihren Thesen auseinanderzusetzen und für die interessanten Diskussionen.

Die Vorsitzende machte deutlich, dass selbstverständlich jederzeit die Möglichkeit bestehe, Bürgerschafts- oder Ausschusssitzungen zu besuchen. Die jeweiligen Tagesordnungen würden auch im Internet unter [www.hamburgische-buergerschaft.de](http://www.hamburgische-buergerschaft.de) veröffentlicht.

„Jugend im Parlament 2018“ werde noch im federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss weiter beraten, bevor ein abschließender Bericht die Bürgerschaft zur Kenntnisnahme erreiche, der dann – wie andere parlamentarische Dokumente auch – in der Parlamentsdatenbank zu finden sei.

Außerdem seien alle Abgeordneten stets für einen Meinungsaustausch ansprechbar. Als eine weitere Idee in diesem Zusammenhang könne ein Praktikum in einer Fraktion oder direkt bei einer/einem Abgeordneten sein.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, von der Drs. 21/14539 Kenntnis zu nehmen.*

Ksenija Bekeris, Berichterstattung

# Stellungnahme

des Europaausschusses

an den

**federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss**

über die Drucksache

**21/14539: Jugend im Parlament 2018  
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Dr. Alexander Wolf**

Schriftführung: **Danial Ilkhanipour**

## I. Vorbemerkung

Die Bürgerschaft hatte in ihrer Sitzung am 1. November 2018 die Drucksache 21/14539 auf Antrag aller Fraktionen zur weiteren Beratung federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Europaausschuss sowie an weitere Fachausschüsse überwiesen. Der Europaausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 08. Januar 2019 abschließend mit der Drucksache und hörte hierzu Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament 2018“ an.

## II. Beratungsinhalt

Die Jugendlichen stellten eingangs die Resolution des von ihnen als Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ gebildeten Europaausschusses vor. Sie berichteten, vorrangig die Themen Wirtschafts- und Finanzpolitik, Struktur sowie Solidarität in der Europäischen Union thematisiert und kontrovers diskutiert zu haben. Als Forderungen im Bereich der Wirtschaft nannten sie eine angemessene Beitragserhöhung an den EU-Haushaltsetat, die an verpflichtende Investitionen gekoppelten Ausgleichszahlungen sowie Subventionen für europäische Unternehmen, um mit den ausländischen Monopolen konkurrieren zu können.

Die CDU-Abgeordneten wollten wissen, wie sich durch die Tage im Rathaus das politische Weltbild der Jugendlichen verändert habe und ob das Verständnis politischer Mechaniken gewachsen sei. Inhaltlich erkundigten sie sich, ob die Jugendlichen die Meinung vertreten würden, Monopole seien durch Monopole zu bekämpfen oder ob es nicht sinnvoller sei, mittels Handelsabkommen Verträge auf Augenhöhe abzuschließen und Monopole aufzubrechen.

Die Jugendlichen bestätigten, die Teilnahme an „Jugend im Parlament“ habe positive Eindrücke hinterlassen, das Interesse weiter gesteigert und Politik nahbarer gemacht. Die Kritik an einem paneuropäischen Monopol sei berechtigt, die Idee aber zugunsten einer Konkurrenzfähigkeit auf dem globalen Markt mitaufgenommen worden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE lobte die vertieften Diskussionsprozesse. Die Idee eines – mit dem Länderfinanzausgleich vergleichbaren – Modells hielt er auch vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen im EU-Parlament und der dabei

beschlossenen Reduzierung der Regionalförderung für sehr interessant. Den Vorschlag, Unternehmen zur Etablierung eines europäischen Monopols zu subventionieren, lehnte er hingegen ab. Er begründete, derartige Monopole würden wahrscheinlich in Deutschland oder Frankreich angesiedelt werden, nicht aber in strukturschwachen Staaten wie Rumänien oder dem Baltikum. Durch größere Unternehmensverbände solle nicht nur die Konkurrenz nach außen verfolgt, sondern auch die Stabilisierung der eigenen Region im Blick behalten werden. Außerdem erkundigte er sich nach den Gedanken der Jugendlichen zum Brexit als auch zur Rolle der EU-Kommission im Vergleich zu Parlament und Rat.

Ein Jugendlicher erklärte, bei der geplanten paneuropäischen Zusammenarbeit von einer idealistischen und europäischen Zielsetzung – wie sie bei AIRBUS oder Forschungseinrichtungen wie dem DESY vorhanden sei – ausgegangen zu sein. Außerdem würden sich beispielsweise durch den Aufbau von neuen Technologieunternehmen auch Chancen für neue Zulieferer ergeben.

Die CDU-Abgeordneten pflichteten bei, AIRBUS sei ein gutes Beispiel der europäischen Idee, da kein Staat in der Lage sei, derartig komplexe Technologieprodukte alleine herzustellen.

Der Abgeordnete der GRÜNEN fragte, ob sich der Europaausschuss von „Jugend im Parlament“ auch mit dem Thema CETA und den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschäftigt habe.

Ein Jugendlicher erklärte, das Thema Freihandel sei nur am Rande behandelt worden. Auch bezüglich der europäischen Währungspolitik habe es diametrale Ansichten innerhalb der Gruppe gegeben, so dass kein gemeinsamer Beschluss habe gefasst werden können. Ein weiterer Jugendlicher berichtete, der Ausschuss habe befürwortet, dass sich die Europäische Kommission langfristig in europäische Ministerien aufgliedern möge. Ein zukünftiges europäisches Außenministerium würde somit über Beitritte zur EU entscheiden. Einigkeit könne nur durch vollständige Zusammenarbeit verwirklicht werden. Gerade im Bereich der Finanzen sei man sich im Kreise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber nicht einig gewesen, ob ein europäisches Finanzministerium eingerichtet und somit weitreichende Souveränitätsrechte abgegeben werden sollten. Auch die Vorstellung, das europäische Währungsprojekt weiter zu vertiefen, sei kein Konsens der Gruppe gewesen.

Die SPD-Abgeordneten lobten die Spannbreite der Resolution und zeigten sich über die Betonung einer notwendigen Solidarität zwischen den Staaten erfreut. Auf die geforderten Strafmaßnahmen und Sanktionen bezogen regten sie an, eher die Motivation zu erhöhen, sich solidarisch zu verhalten. Mit Blick auf die AfD, welche in einem Leitantrag für ihren Bundesparteitag aktuell einen möglichen EU-Austritt Deutschlands fordere, stelle sich die Frage, wie der europäische Gedanke – auch auf regionaler Ebene – zu stärken sei.

Die Jugendlichen stimmten zu, Solidarität nicht durch Strafen herstellen zu können. Die Maßnahmen seien unter dem Eindruck des Brexits und Überlegungen in Ungarn und Polen aufgenommen worden, die Union zu verlassen. Generell müssten Sanktionen gründlich abgewogen werden. Die Jugendlichen räumten ein, sich in der Resolution mehr mit der Struktur der EU und weniger mit den Auswirkungen auf der regionalen Ebene beschäftigt zu haben. Sie hätten die Sichtweise vertreten, ein starkes Europa schaffe auch einen starken europäischen Geist in der Bevölkerung.

Die FDP-Abgeordnete hakte zur Vorstellung der Jugendlichen – durch gemeinsame Ministerien Einheit herstellen zu können – nach, welche Befugnisse und Zuständigkeiten diese supranationalen Organe haben sollten. Sollte es ein gemeinsames Finanzministerium geben, stelle sich zudem die Frage, inwieweit Staaten für die Ineffizienz anderer Staaten aufkommen und Transferleistungen fließen müssten.

Ein Jugendlicher konkretisierte, die Idee sei gewesen, dass die europäischen Ministerien auf übergeordneter Ebene, unabhängig von den Staaten ihren nationalstaatlichen Interessen arbeiten könnten. Ein anderer Jugendlicher erklärte zur Finanzpolitik, Unterschiede in den europäischen Staaten seien historisch gewachsen, weshalb er es als schwierig ansah hier eine Einheit zu schaffen. Ein dritter Jugendlicher fügte hinzu, in der Resolution sei festgehalten worden, dass kein europäisches Finanzministerium

angestrebt werde. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass kein wirtschaftliches Gleichgewicht in der Union bestehe. Langfristig solle das Subsidiaritätsprinzip dennoch verfolgt werden, worunter auch Ausgleichszahlungen für andere Länder fallen würden. Im Bereich der Finanzen gehe es aber in erster Linie auch um ein einheitliches Steuersystem. Während politisch eine Einheit beschworen werde, würden einzelne Staaten derzeit Unternehmen durch attraktivere Steuersysteme aus den Nachbarländern abwerben. Dieser Protektionismus sei nicht Sinn europäischer Einheit.

Der AfD-Abgeordnete stellte klar, seine Partei sei nicht für einen Austritt aus der EU, sondern für Reformen in der Union. Alle Mitgliedsnationen und ihre Wirtschaften auf eine Ebene zu hieven, hielt er für falsch. Auch die Einrichtung eines gemeinsamen Steuersystems sah er problematisch. Wettkampf untereinander müsse nicht zwingend unsolidarisch sein, sondern könne auch belebend wirken. Solidarität dürfe zudem nicht als Einbahnstraße begriffen werden. An Deutschlands Entscheidung, Geflüchtete aufzunehmen, seien andere europäische Staaten nicht beteiligt gewesen. Auch kritisierte er die Nichtbeachtung der Nichtbeistands-Klausel der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in der eine Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitglieder für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten ausgeschlossen werde. Diese Nichtbeachtung stelle die vertiefte Form der EU grundsätzlich in Frage; außerdem sei es noch zu diskutieren, ob eine weitere Vertiefung einer Volksabstimmung bedürfe.

Ein Jugendlicher wandte ein, das gefühlte Diktat Deutschlands sei auch der wirtschaftlichen Überlegenheit der Bundesrepublik in der Union geschuldet. Um diesem Gefühl der Bevormundung entgegen zu wirken, würden sie eine gemeinsame wirtschaftliche Ebene anstreben. Ein anderer Jugendlicher war der Ansicht, da alle Mitgliedsstaaten in die EU einzahlen und Teile dieser Gelder zurückerhalten würden, sei es auch nur fair, sie von denselben wirtschaftlichen Gegebenheiten profitieren zu lassen. Wettziffern sei im Bereich der Innovationen wichtig, wirtschaftliches Konkurrenzverhalten durch unfaire Steuersysteme jedoch nicht. Ein dritter Jugendlicher bemängelte, der Charakter einer solidarischen Union werde grundsätzlich in Frage gestellt, wenn einzelne Staaten sich beispielsweise bei der Flüchtlingsaufnahme nicht gegenseitig unterstützen würden.

Der AfD-Abgeordnete wandte ein, Deutschland habe die Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, nicht mit Ungarn und Polen abgestimmt. Dies mache es problematisch, im Nachgang Solidarität einzufordern.

Die CDU-Abgeordneten betonten, bei der Gründung der Europäischen Union sei die Wahrung der Souveränität ein entscheidendes Merkmal gewesen. Jeder Staat habe das Recht, mit seiner Geschichte und Identität nicht in der großen europäischen Familie unterzugehen. Eine vollständige Angleichung der Verwaltungs- und Wirtschaftssysteme lehnten die CDU-Abgeordneten ab. Unsolidarischen Ländern mit Sanktionen zu drohen, ende im schlimmsten Fall in deren Austritt wie an Großbritannien gesehen werden könne. Kleinere Staaten wie Ungarn und Polen würden der EU auch eher den Rücken zuwenden, da sie in einem stärkeren Europa vermutlich weiter an Einflussmöglichkeiten verlieren würden. Nettozahler wie Deutschland und andere erfolgreiche Wirtschaften seien wahrscheinlich ebenfalls schlecht von einer Vertiefung der Union zu überzeugen, da sie mit Einbußen zu rechnen hätten. Die CDU-Abgeordneten fragten die anwesenden Teilnehmerinnen, ob diese sich vorstellen könnten, einmal in die Politik zu gehen und was sie aus dem Projekt im Rathaus mitgenommen hätten.

Eine Teilnehmerin antwortete, sich sehr gut vorstellen zu können in die Politik zu gehen, da es hier möglich sei, etwas zu verändern und sich für Positionen stark zu machen. „Jugend im Parlament“ habe es ermöglicht Einblicke in die Laufbahn und Aufgaben von Abgeordneten zu gewinnen. Eine andere Teilnehmerin pflichtete bei, das Projekt solle fortgeführt und Jugendliche mehr eingebunden werden. Auch war ihr wichtig, Frauen grundsätzlich mehr zu beteiligen, beziehungsweise sie in der Ausübung politischer Ämter zu unterstützen.

Die SPD-Abgeordneten mutmaßten, die Europäische Union wäre niemals derart fortgeschritten, hätten die Gründungsväter ähnliche Bedenken vertreten wie die Vorredner der CDU und AfD. Die Resolution enthalte Visionen wie sie neben der Umsetzung und Machbarkeit alltäglicher Aufgaben benötigt würden. Dass die Solidarität darin in diesem Umfang betont werde, fand besonderen Anklang bei den SPD-Abgeordneten.

Sie sprachen die niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen an, worunter die Legitimation des Europäischen Parlaments leide. Sie erkundigten sich bei den Jugendlichen, wie die Beteiligung erhöht werden könne. Zu dem Vorschlag von „Jugend im Parlament“ länderübergreifende Wahllisten aufzustellen, fragten sie, wie die Nähe zwischen Kandidatinnen und Kandidaten und ihren Wählerinnen und Wählern hergestellt werden könne, wenn dies oftmals schon mit regionalen Kandidierenden problematisch sei.

Ein Jugendlicher war der Ansicht, die Beteiligung könne durch eine Stärkung des Parlamentes erhöht werden, da die Wählerinnen und Wähler durch die Kompetenzverlagerung auf EU-Ebene mit ihrer Stimmabgabe das Gefühl erlangen würden auch mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Eine andere Jugendliche berichtete von einem Projekt an ihrer Schule, in welchem alle Schülerinnen und Schüler ihre Stimme fiktiv für die Europawahl abgeben könnten. Auch Fünftklässlerinnen und Fünftklässler könnten somit schon das Wählen und die Beschäftigung mit Wahlprogrammen erlernen. Ein weiterer Jugendlicher äußerte, Europa sei als Thematik oftmals nicht präsent oder werde als Dogma verstanden. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, müsse es aber möglich sein, Probleme der Union anzusprechen und unterschiedliche Wege einzuschlagen. Ein Jugendlicher ergänzte, die Gruppe empfehle, die 5-Prozent-Hürde einzurichten und Parteien grenzübergreifend wählbar zu machen. Um die Wahlbeteiligung und das Interesse an Europa zu steigern, müssten zudem neue Angebote der Partizipation geschaffen werden. Auf dem langen Weg von lokaler auf die europäische Ebene gehe bisher leider zu viel Engagement und Interesse verloren.

Der Senatsvertreter ergriff ebenfalls die Gelegenheit, den Jugendlichen für ihre beachtliche Leistung zu danken. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten sich nicht gescheut, die großen Themen, wie die Geldverteilung, Solidarität und institutionelle Reformen anzusprechen. Er ermutigte sie, Botschafter für die europäische Sache und deren inhaltlicher Diskussion zu sein. Im Rahmen der Europawoche bestehe durchaus die Möglichkeit die Jugendlichen einzubinden, wozu er sie herzlich einlud. Auch machte er auf den EU-Projekttag am 25. März aufmerksam, woran die Schulen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer teilnehmen könnten.

Die SPD-Abgeordneten lobten die Fähigkeit der Jugendlichen von eigenen Bedürfnissen auf europäische Ziele abstrahieren zu können. Während die gegenseitige Unterstützung in der föderal organisierten Bunderepublik kaum hinterfragt werde, stelle sie auf europäischer Ebene oft ein Problem dar, obwohl die europäische Idee eines solidarischen Handelns ohne sie substanzlos sei. Die SPD-Abgeordneten lehnten es ab, Identität nur national zu begreifen. Europäische Identität sei denkbar. Sie erkundigten sich nach der Meinung der Jugendlichen zum Vorschlag der Europäischen Union, 18- bis 20-Jährigen ein freies Bahnticket zur Reise durch Europa und somit zum gegenseitigen Kennenlernen zu finanzieren.

Die Jugendlichen hielten das Angebot für sinnvoll, da es den größten Erfolg der EU – die Reisefreiheit – in das Bewusstsein rücke. Sie waren jedoch der Ansicht, dass dafür europaweit mehr Werbung gemacht werden müsse. Für junge Menschen sei darüber hinaus die Höchstgrenze für die Roaminggebühren in der EU eine wichtige Errungenschaft.

Die CDU-Abgeordneten erkundigten sich, inwieweit die Jugendlichen eine Diskussion über die Unterschiedlichkeiten in der EU geführt und ob sie darüber gesprochen hätten, wie sich das vergleichsweise kleine Europa als Wertegemeinschaft gegenüber dem amerikanischen Kontinent, Indien und China behaupten könne.

Die Jugendlichen berichteten von einer sehr diversen Diskussion über diese Thematik. Während sich einige für ein Wachsen der Wertegemeinschaft hin zu einem europäischen Staat ausgesprochen hätten, habe die Skepsis bei anderen überwogen. Im Rahmen von „Jugend im Parlament“ unabhängig zu diskutieren und mit anderen Positionen konfrontiert zu werden, sei aber genau der Reiz des Projektes.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bekräftigte, den Menschen müsse nähergebracht werden, wie vielen Projekten und Rechten europäische Entscheidungen zugrunde liegen würden. Die Europäische Union wieder rein wirtschaftlich zu betrachten

und die Wertegemeinschaft mit seinem Finanzausgleich und weitgehend gemeinsam getragenen Menschenrechten wieder zurückzubauen, hielt er für einen Fehler.

Zwei Jugendliche bekräftigten, Identitäten könnten auch nebeneinander bestehen. Es sei nicht notwendig eine rein europäische Identität zu erschaffen. Diese könne neben der lokalen Verbundenheit bestehen, da das Vorhandensein von mehreren Identitäten für die Individuen möglich und für die Union kein Wachstumshemmnis sei.

Ein anderer Jugendlicher bemerkte, durch extreme Politik verschiebe sich das Verständnis des Normalen immer weiter, bis es progressiv wirke. Anerkannte Themen und Ziele würden beispielsweise durch Trump ins Unvorstellbare gerückt. Aus diesem Grund sei es enorm wichtig, visionäre Ideen zu entwickeln und dieser Entwicklung gegenzusteuern. Dem widersprach ein Jugendlicher, Politik solle rational bleiben und keinen utopischen Visionen folgen. Es gebe fundamentale Unterschiede innerhalb Europas, die ein Zusammenwachsen zu einem Bundesstaat verunmöglichen würden.

Der AfD-Abgeordnete betonte, es sei nicht alternativlos auf eine immer tiefergehende Europäische Union zuzusteuern, sondern dies sei in jedem Moment zu überprüfen. Außenpolitik sei rational und nüchtern zu analysieren und gegen das nationale Interesse abzuwägen. Die Kompetenzen Brüssels wieder zurückzufahren, sollte nicht im Vorfeld als moralisch falsch eingestuft werden. Ob die in der Resolution von „Jugend im Parlament“ geforderte europäische Verfassung, der Finanzausgleich und der Wunsch nach europäischen Ministerien, die richtige Antwort auf die zusehends eurokritische Stimmung wäre, sei zudem fraglich. Er erinnerte daran, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich und in den Niederlanden eine europäische Verfassung bereits einmal abgelehnt habe.

Die Abstimmung über eine europäische Verfassung habe 2004 stattgefunden, so ein Jugendlicher. Mittlerweile sei durchaus ein anderes Votum denkbar. Eine gescheiterte Abstimmung solle außerdem nicht vor einer Stärkung Europas abschrecken.

Die SPD-Abgeordneten hoben die Errungenschaft der Reisefreiheit in Europa nochmals hervor und appellierten an die Jugendlichen für den Erhalt dieser Freiheit einzustehen. Zur weiteren Verwendung der Resolution schlugen sie vor, den langen Weg nach Brüssel über den Bundesrat abzukürzen und sie direkt an deutsche Abgeordnete des Europäischen Parlaments weiterzureichen.

Die CDU-Abgeordneten betonten die wichtige Rolle konservativer Politiker in der Geschichte der fortschreitenden Vertiefung der EU. Außerdem erklärten sie den Jugendlichen das Zustandekommen von europäischen Fraktionen im Europäischen Parlament aus national gewählten Parteien.

Die Jugendlichen waren der Ansicht, es müsse bereits vor den Europawahlen klargestellt werden, zu welchen Fraktionen sich die Parteien in Brüssel zusammenschließen würden.

Die SPD-Abgeordneten resümierten, um ein optimales Ergebnis zu erzielen, bedürfe es eines Zusammenspiels von visionärer und rationaler Politik. Während das Ziel klar sein sollte, müsse es selbstverständlich möglich sein, zwischendurch innezuhalten und mögliche Schritte zu korrigieren.

Ein Jugendlicher sprach abschließend das Projekt einer europäischen Armee an, welches er als zukunftsfähig bezeichnete. Auch den Technischen Hilfsdienst oder andere Angebote europäisch zu denken, hielt er für umsetzbar.

Die FDP-Abgeordnete bezweifelte, dass eine europäische Armee in den nächsten 15 Jahren eingerichtet werden könne.

Die Jugendlichen bedankten sich für die Aufmerksamkeit, die spannenden Fragen und erkundigten sich, ob ihre Resolution etwas am Blick der Fraktionen auf Europa verändert habe.

Die Abgeordneten aller Fraktionen lobten den Mut, die Visionen und die professionelle Herangehensweise der Jugendlichen. Veränderungen des Weltbildes seien nicht zu erwarten gewesen, da ihnen die Vorschläge aufgrund ihrer jahrelangen Arbeit zu europapolitischen Themen vertraut seien. Sie wiederholten ihr Angebot, die Resoluti-

on an Abgeordnete des EU-Parlamentes weiterzuleiten. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE berichtete, den Resolutionsteil zum Finanzausgleich bereits auf dem europapolitischen Treffen seiner Fraktion vorgestellt zu haben.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Europaausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, von der Drs. 21/14539 Kenntnis zu nehmen.*

Danial Ikhanipour, Berichterstattung